

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 11 · 43. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 28.11.2012

## **Zustimmung**

**S. 4-11**

Alle Pläne sind besprochen, alles Für und Wider abgewogen: Der Landtag erörtert den Haushalt 2012 in zweiter und dritter Lesung und nimmt ihn an.

## **Befähigung**

**S. 12**

Der islamische Religionsunterricht soll Jugendliche befähigen, sich die islamische Religion selbstständig anzueignen. Diese neue Qualität erläuterten die Mitglieder des Beirats im Landtag.

## **Erziehung**

**S. 13**

Für den Jugendarrestvollzug fehlt bislang ein spezielles Gesetz. Fachleute haben nun einen ersten Entwurf der Regierung erörtert. Darin steht die pädagogische Ausrichtung im Mittelpunkt.

## **Erkundigung**

**S. 18**

Brücken zwischen Düsseldorf und Brüssel schlagen will das Präsidium. Daher reiste es in diese europäische Metropole, um sich über Europa-politik und die Arbeit des EU-Parlaments zu informieren.

## Rechenaufgabe gelöst

### Landtag verabschiedet Haushalt 2012



## Breites Spektrum

Die feine Lupe nahm der Landtag NRW auf seiner letzten Plenarsitzung bei der zweiten Lesung des Haushalts 2012 in die Hand: In zweitägiger Debatte wurden alle Einzelpläne ausführlich betrachtet, erörtert und gewogen. Das ist auch gut so, ist doch das Haushaltsrecht grundsätzlich das Königsrecht des Parlaments. Hier kann die Legislative der Exekutive inhaltlich und materiell Rahmenbedingungen setzen, eigene Vorstellungen einbringen und gegenüber der Öffentlichkeit verdeutlichen. So nimmt es nicht wunder, dass – auch vor dem Hintergrund der Verzögerung eines Wahljahrs – die Opposition eine frühere Behandlung der Finanzdaten gewünscht hätte und dies in der Debatte auch zum Ausdruck brachte: in Landtag Intern diesmal wieder alle Einzelpläne und alle Redner der zweiten Lesung sowie die Debatte der dritten Lesung. Überdies brauchen die Haushalter ihre Rechenstifte nicht zur Seite zu legen: Schon im Dezemberplenium steht die erste Lesung des Haushalts 2013 vor der Tür.

### GROSSE AUFMERKSAMKEIT

Ansonsten durfte sich die Düsseldorfer Volksvertretung über eine weitere Aufwertung freuen: Bundespräsident Joachim Gauck besuchte am 26. November 2012 den Landtag am Rhein. Das deutsche Staatsoberhaupt unterstrich damit die Bedeutung des Föderalismus und bürger-

naher Parlamente in Deutschland. Impressionen dieses Besuchs auf der folgenden Seite.

Ein Alleinstellungsmerkmal Nordrhein-Westfalens im Konzert der deutschen Bundesländer ist das Angebot eines islamischen Religionsunterrichts, begleitet von einem extra hierfür eingerichteten Beirat. Der erste Bericht dieses Gremiums, das im März dieses Jahres seine Arbeit aufgenommen hat, fand in einer gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Integrationsausschuss bei allen Fraktionen große Aufmerksamkeit. Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf Seite 12.

Beim Jugendarrest will die Landesregierung mit einem neuen Gesetz die pädagogische Ausrichtung des Arrests in den Mittelpunkt stellen. Hierzu nahmen in einer gemeinsamen Anhörung von Rechtsausschuss und Familienausschuss Fachleute Stellung. Ein Thema für Seite 13. Der Reigen der Themen dieses Heftes wird komplettiert durch Meldungen aus den Ausschüssen, die vom Blitzmarathon über das kommunale Finanzmanagement bis zu den Milchpreisen reichen (Seite 15).

Last but not least zeugt eine Studienreise des Präsidiums nach Brüssel davon, dass der Landtag auch die europäische Ebene im Blick hat. Eine aktuelle Fortschreibung der Parlamentsinformationsvereinbarung mit der Landesregierung unterstreicht diese Ambitionen. Die Düsseldorfer Volksvertretung nimmt ihre Verantwortung auf allen Themengebieten und politischen Ebenen wahr.

ciw



### Schwerpunkt: Haushalt

Über Rekordzahlen, Fehler und Verantwortung ..... 4-9

Dreiklang oder „Missklang“? ..... 10-11

## Inhalt

Besuch: „Anerkennung für die Arbeit der Abgeordneten“ .....	3
Aus den Ausschüssen:	
Schule: Theologische und pädagogische Kompetenz eingefordert .....	12
Inneres: „Mehr als nur Fensterbilder basteln“ ...	13
Meldungen .....	15
Gesetzgebung .....	14
Aus den Fraktionen .....	16-17
Forum: „Brücken nach Brüssel schlagen“ .....	18
Interview: Oliver Keymis .....	19
Impressum .....	19
Termine .....	20

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion



# „Anerkennung für die Arbeit der Abgeordneten“

## Bundespräsident Gauck besuchte den Landtag NRW

26. November 2012 – Der rote Teppich vor dem Landtag signalisierte am Montagmorgen protokollarisch höchsten Besuch. Bundespräsident Joachim Gauck war im Rahmen seines offiziellen Antrittsbesuchs in Nordrhein-Westfalen im Landtag NRW zu Gast. Landtagspräsidentin Carina Gödecke hieß das Staatsoberhaupt willkommen und begleitete Gauck durch die Bürgerhalle in den Empfangsraum des Parlaments.

Dort trug sich der Bundespräsident in das Gästebuch des Landtags ein. Landtagspräsidentin Gödecke überreichte ihm im Anschluss einen limitierten Druck des Künstlers Günther Uecker, der mit einem Nagel-Kunstwerk im Düsseldorfer Parlamentsgebäude vertreten ist und ebenso wie Gauck in Mecklenburg-Vorpommern geboren wurde.

Mit seinem Besuch wolle er den gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern seine Anerkennung für ihre Arbeit ausdrücken, erklärte der Bundespräsident im anschließenden Gespräch mit den politischen Spitzen des Parlaments, dem Landtagspräsidium – Parlamentspräsidentin Carina Gödecke sowie die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg (CDU) Oliver Keymis (GRÜNE) und Dr. Gerhard Papke (FDP) – und den Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer (SPD), Karl-Josef Laumann (CDU), Reiner Priggen (GRÜNE), Dr. Christian Lindner (FDP) und Joachim Paul (PIRATEN).

Zugleich sprach er sich für einen verständlichen und bürgernahen Politikstil aus. „Erkläre, was Du tust“, dies sei eine der wichtigsten Aufgaben öffentlicher Repräsentanten, so der Bundespräsident.

Landtagspräsidentin Gödecke dankte Gauck für den Vierklang „Demokratie, Staat, Bürger und Freiheit“, der in vielen Reden des Bundespräsidenten zum Ausdruck komme. Sie verwies zugleich auf das im nächsten Jahr anstehende Jubiläum „25 Jahre Landtag am Rhein“ und ihre Zielsetzung im Amt der Präsidentin, den Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken.

Im Austausch mit dem Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden thematisierte der Bundespräsident mögliche Wege, Bürgerinnen und Bürger zu politischem Engagement zu ermutigen. Es sei in diesem Zusammenhang wichtig, die Erfolge parlamentarischer Arbeit zu vermitteln und deutlich zu machen, „dass politisches Gestalten Freude bereitet“, sagte Gauck.

Nach dem Gespräch lud Landtagspräsidentin Gödecke das Staatsoberhaupt zu einem Rundgang durch den renovierten und nun barrierefreien Plenarsaal des Landtags ein. Parallel zum Besuch des Bundespräsidenten fand im Landtag NRW der „Tag der Medienkompetenz“ mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Viele von ihnen säumten Gaucks Weg durch das Parlamentsgebäude und applaudierten zum Abschied.

Sebastian Wuwer



Landtagspräsidentin Carina Gödecke hieß den Bundespräsidenten am Landtag willkommen.



Der Bundespräsident erhielt als Gastgeschenk einen limitierten Druck des Künstlers Günther Uecker.



Der Bundespräsident gemeinsam mit der Landtagspräsidentin und den Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Dr. Gerhard Papke und Oliver Keymis (v.r.) beim Eintrag in das Gästebuch des Landtags NRW. Fotos: Schälte



Zum Video



## Haushaltsplan 2012

# Über Rekordzahlen, Fehler und Verantwortung

## Zweite Lesung Haushalt: Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition

6./7. November 2012 – Zahlen, Zahlen und nochmals Zahlen: In zweiter Lesung hat der Landtag den Landeshaushalt 2012 (Drs. 16/300) mit einem Volumen von insgesamt rund 58,8 Milliarden Euro diskutiert. CDU, FDP und PIRATEN übten heftige Kritik an einer Zahl von Einzelplänen. Vor allem bemängelten sie, dass erst zum Jahresende ein verabschiedeter Haushalt vorliege. Die Regierungsfraktionen verwiesen auf die durch die Landtagswahl unterbrochene Parlamentsarbeit und stimmten dem Etat am Ende zu.

### GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Dem Anspruch auf ein transparentes und gerechtes Verfahren werde das geplante Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) nicht im Ansatz gerecht, kritisierte **André Kuper** (CDU). Aus seiner Sicht würden die Mittel einseitig zugunsten der kreisfreien Kommunen verteilt. Auch die Differenzierung beim Schüleransatz könne er nicht nachvollziehen. Zudem zählten die Stärkungspaktkommunen zu den Verlierern des vorliegenden Entwurfs.

Die schwarz-gelbe Landesregierung habe von 2005 bis 2010 den Kommunen drei Milliarden Euro vorenthalten, so **Hans-Wilki Körfges** (SPD). Dies versuche die rot-grüne Regierung jetzt zu korrigieren. Man habe im Juni 2010 gemeinsam beschlossen, den Bund mit Blick auf übertragene Aufgaben verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Dies müsse man nun auch umsetzen, appellierte der SPD-Sprecher an CDU und FDP.

Gegen solche „oberlehrerhaften Rituale“ wandte sich **Kai Abrusztat** (FDP). Das GFG atme „nicht den Mut, den es braucht, die Kommunal Finanzen umfassend zu reformieren“, kritisierte er den aus seiner Sicht „überdehnten“ Soziallastenansatz sowie die „Einwohnerveredlung“ kreisfreier Städte. Die vorgesehene Rekordzuweisung basiere auf Rekordsteuereinnahmen, nicht auf dem Verdienst dieser Landesregierung.

Es gehe darum, vergleichbare Lebensverhältnisse herzustellen, verteidigte **Mario Krüger** (GRÜNE) den GFG-Entwurf. Es sei richtig, unterschiedliche Steuereinnahmen und Soziallasten in den Kommunen zu berücksichtigen. Zudem habe Rot-Grün das Volumen des GFG im Vergleich zur Vorgängerregierung insgesamt um rund 1,5 Milliarden Euro erhöht und damit deren „Raubzug durch die kommunalen Kassen“ beendet.

Darüber hinaus forderten die PIRATEN einen um ein Prozent höheren Verbundsatz, betonte Fraktionssprecher **Robert Stein**. Dies entspreche einem Plus von 370 Millionen Euro für die Kommunen und sei schon jetzt über Steuermehreinnahmen zu finanzieren. Zusätzlich warb Stein dafür, nicht nur die Schulden des Landes zu

sehen, sondern auch verstärkt die der Kommunen. Hier sei ebenfalls der Bund gefragt.

„Wir handeln“, unterstrich **Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD). Mit diesem, genauso wie mit den vergangenen GFGs beseitige Rot-Grün das, was Schwarz-Gelb angerichtet habe. Jäger lobte die GFG-Summe von 8,4 Milliarden Euro als höchste aller Zeiten. Zudem werde das Geld an die Kommunen mit dem neu aufgelegten Schlüssel in Zukunft gerechter verteilt – dies gelte auch für den ländlichen Raum.

### ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG

**Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) warf der Landesregierung vor, die Spielregeln bei der Haushaltsplanung verletzt zu haben. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass seine Fraktion dem vorliegenden Haushaltsplan aufgrund mangelnder Konsolidierungsbemühungen die Zustimmung verweigern werde.

Diesem Vorwurf hielten die SPD-Abgeordneten **Martin Börschel** und **Stefan Zimkeit** entgegen, das Landesverfassungsgericht habe den Zeitplan „als in Ordnung“ abgesegnet. Umgekehrt habe sich die CDU nicht konstruktiv in die Haushaltsdebatte eingebracht und keine eigenen Vorschläge gemacht.

„Das Land muss endlich seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen“, forderte **Ralf Witzel** (FDP). Die Landesregierung erzähle „das Märchen der vermeintlich guten Schulden“ und versuche, ihre mangelnde Haushaltsdisziplin zu kaschieren. Deswegen sei ein Abbau der Neuverschuldung nicht in Sicht.

**Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE) kritisierte, statt der Generaldebatte biete die Opposition von CDU und FDP „ideologischen Kleinkram“. Der vorliegende Haushalt setze die richtigen Schwerpunkte in Bildung, ökologischem Umbau und sozialer Gerechtigkeit, er sei sinnvoll und zukunftsfähig.

Dass die Anträge seiner Fraktion abgelehnt worden seien, beklagte **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Diese hätten für Bildungsinvestitionen sorgen und zur Unterstützung von Kommunen beitragen sollen. Das jetzige, nicht verfassungsgemäße

Haushaltsverfahren dürfe es im nächsten Jahr nicht geben.

Den Vorwurf der „höchsten Verschuldung“ wies **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) zurück. Er versprach eine „ehrlische“ Konsolidierung. Dabei sei nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Einnahmeseite im Blick zu behalten. Ein ausgeglichener Leistungshaushalt sei das Ziel.

### INNERES UND KOMMUNALES

Quasi alle öffentlichen NRW-Haushalte seien überschuldet, betonte **Theo Kruse** (CDU). Doch Rot-Grün mache keine strukturellen Sparvorschläge. Zudem sei die Zahl der Straftaten zu hoch, die Aufklärungsquote zu gering: Ein schlüssiges Gesamtkonzept fehle.

Lob für den Etat von **Thomas Stotko** (SPD): Die Bezirksregierungen erhielten 800.000 Euro aus dem Stärkungspakt, zwei Millionen Euro gebe es zum Anbinden kommunaler Leitstellen an den Digitalfunk und auch sonst investiere Rot-Grün in wichtige Projekte.

Ob Dienstrecht, Verfassungs- oder Datenschutz: Überall fehlten Reformen, bemängelte **Dr. Robert Orth** (FDP). Die Regierung verliere sich in Alibiaktionen wie dem Blitzmarathon. Daneben forderte Orth: „Wir brauchen eine Polizei, die arbeitsfähig ist.“

Rot-Grüne schaffe neue Stellen bei der Polizei, sagte **Verena Schäffer** (GRÜNE). Auch diskutiere man darüber, wie diese zu entlasten sei. Zudem forderte Schäffer eine Debatte darüber, wie der Verfassungsschutz auf sein Kerngebiet zurückzuführen sei.

**Dirk Schatz** (PIRATEN) lobte die neuen Stellen. Diese reichten aber nicht aus. Zusätzlich forderte er: Der öffentliche Dienst müsse mehr investieren, um Hochqualifizierte anzuziehen. Gleichzeitig gebe es beim Personal viel ungenutztes Potenzial.

Er setze auf eine gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei, betonte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Das habe Schwarz-Gelb versäumt. Nun gebe es auch 8,2 Millionen Euro zusätzlich für die Analyse von sich seit Jahren anstauenden DNA-Proben.



SCHULE UND WEITERBILDUNG

**Petra Vogt** (CDU) warf der Landesregierung vor, mit mangelndem Sparwillen und falscher Prioritätensetzung einen Irrweg in der Schul- und Bildungspolitik zu beschreiten. Bei der Inklusion werde die Umsetzung besonders schwer werden, so Vogt.

„Bildungspolitik ist das Schwerpunktthema der rot-grünen Landesregierung“, hielt **Renate Hendricks** (SPD) dem entgegen. Die notwendigen Mittel würden im Haushalt bereitgestellt. Bildung habe bei Rot-Grün weiterhin die höchste Priorität.

Die rot-grüne „Priorität für Bildung“ stelle die FDP-Abgeordnete **Yvonne Gebauer** infrage: „Unter Schwarz-Gelb wurden Lehrerstellen aufgebaut, unter Rot-Grün werden sie abgebaut.“ Alle geplanten Maßnahmen zielten in Richtung Qualitätsabbau.

**Sigrid Beer** (GRÜNE) wies die Kritik an der rot-grünen Bildungspolitik vehement zurück und konstatierte, dass die Stellen für den gemeinsamen Unterricht verdoppelt worden seien, damit eine entsprechende Ausgestaltung überhaupt möglich sei.

Die PIRATEN wollten mit dem Einbringen der Änderungsanträge ein Zeichen setzen und auf die steigende Belastung in Schulen hinweisen, so **Monika Pieper** (PIRATEN). Sie kritisierte, dass die Landesregierung den Ernst der Lage unterschätze.

**Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne) verteidigte den konsequenten Kurs der Landesregierung, die innovative Schulentwicklung voranzutreiben. In Zeiten einer schwierigen Haushaltslage würden die vorhandenen Ressourcen gezielt eingesetzt.

Bildungspotenziale auszubauen bedeute, Studierenden ein Studium ohne zusätzliche Kostenbelastung zu ermöglichen, begründete **Karl Schultheis** (SPD) die Abschaffung der Studiengebühren. Jetzt müsse der Bund dafür sorgen, dass man die Zahl der geförderten Studienplätze dem Bedarf anpassen könne.

„Sie nehmen mutwillig eine Verschlechterung der Studienbedingungen in unserem Land in Kauf“, meinte **Angela Freimuth** (FDP). „Fröhliche Ideenlosigkeit“ herrsche hinsichtlich steigender Studierendenzahlen, einer Verbesserung der Lehr- und Studienbedingungen sowie einer Absenkung der Abbrecherquote.

Die Hochschulen verfügten pro Studierenden über mehr Geld als im Jahr 2009, so **Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE). Fast alle Länder, die jemals Studiengebühren eingeführt hätten, würden diese zurücknehmen. Seidl kritisierte, der Bund werde seiner Mitverantwortung bei der steigenden Studentenzahl nicht gerecht.

„Die Finanzierung der Hochschulen bleibt weiter hinter dem Nötigen zurück“, erwiderte **Dr. Joachim Paul** (PIRATEN). Notwendig seien mehr finanzielle Mittel, aber auch neue Strategien: So müsse man es unter anderem für das Studium nutzen, dass man heute an jedem Ort an didaktisch aufbereitete Informationen kommen könne.

„Wir wollen ein attraktives, ein konkurrenzfähiges Studienangebot“, erklärte **Wissenschaftsministerin Svenja Schulze** (SPD). Dazu gehöre die Fortführung des Hochschulpakts ebenso wie das Fachhochschul-Ausbauprogramm und das Hochschul-Modernisierungsprogramm. Hinzu komme mehr Geld für die Studentenwerke.

UMWELT UND NATURSCHUTZ, VERBRAUCHERSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT

Die Politik von Minister Rimmel wertete **Christina Schulze Föcking** (CDU) als „perfide Nadelstiche“. Sie sei ideologisch einseitig und richte sich gegen Landwirte und Verbraucher. Die CDU wolle hingegen die Wertschöpfung in der Hand der bäuerlichen Familien halten.

**Manfred Krick** (SPD) verteidigte die Umweltpolitik als aktive Gesundheitspolitik. Zur Verhinderung des Klimawandels müsse man beim Naturschutz allerdings „gewisse“ Zugeständnisse

machen. Vor „Energiearmut“ durch steigende Strompreise warnte seine Kollegin **Inge Blask**.

Rot-Grün misstraue der Landwirtschaft, sagte **Karlheinz Busen** (FDP) mit Blick zum Beispiel auf das Verbandsklagerecht. Dies werde den Tiererschutz nicht fördern, sondern blockieren. Notwendig sei ein Ende „ideologisch aufgeladener Feldzüge“ und staatlicher Bevormundung.

Die Einheit von Ökonomie und Ökologie betonte **Hans Christian Markert** (GRÜNE); er lobte den Ausbau von Verbraucherberatung und Umweltverwaltung. Die Intensivlandwirtschaft sei gerade dabei, „die Festplatte unserer Natur in NRW zu löschen“, warnte **Norwich Rübe** (GRÜNE).

Die Landesregierung bediene seit Jahren in erster Linie die Interessen von industriellen Tierhaltern, Fleischgroßhandel und Pharmaindustrie, so **Simone Brand** (PIRATEN). Im Bereich des Umweltschutzes, also des Kernbereichs grüner Politik, sei die Bilanz wirklich mager.

**Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel** (GRÜNE) vermisse bei der Opposition Antworten auf Zukunftsfragen. Es gehe um mehr als um Filteranlagen für Schweineställe und Hubertusmessen. Er wolle sicherstellen, dass Strukturen im ländlichen Raum dauerhaft Bestand haben.

KLIMASCHUTZ

**Rainer Deppe** (CDU) war dafür, das vorgelegte Klimaschutzgesetz zurückzuziehen: Es sei schädlich. Außerdem sollten endlich Windenergieanlagen im Wald genehmigt und der Antragsstau abgearbeitet werden.

Der Klimaschutz sei Motor für Innovation, Wandel und Arbeitsplätze, betonte **Norbert Meesters** (SPD). Schwarz-Gelb habe die Förderung erneuerbarer Energien wie der Windenergie sträflich vernachlässigt.

Ein Denkmal wollten sich die GRÜNEN mit dem Klimaschutzgesetz setzen, vermutete **Hennig Höne** (FDP). Aber man springe zu kurz. NRW sei keine Insel und niemandem sei mit 16 Länderklimaschutzgesetzen gedient.

Die Vorreiterrolle des Landes mit dem Gesetz unterstrich dagegen **Wibke Brems** (GRÜNE). Man müsse handeln, nicht vertagen, denn der Klimawandel schreite fort. Das Zeitfenster werde immer kleiner.

INNOVATION, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

„Noch nie studierten so viele Menschen an nordrhein-westfälischen Hochschulen“, betonte **Dr. Stefan Berger** (CDU). Obwohl die Ausgaben mit 6,6 Milliarden Euro einen Höchststand aufwiesen, seien sie – pro Kopf gerechnet – gesunken. Es fehle an Geld und Konzepten für den Wissenschaftsstandort NRW.

Fotos: Schälte



Petra Vogt (CDU)

Renate Hendricks (SPD)

Yvonne Gebauer (FDP)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Monika Pieper (PIRATEN)

Schulministerin Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



## SCHWERPUNKT

**Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN) forderte eine regionale und lokale Energiewende. Dafür müssten den Kommunen Mittel zufließen. Diese solle man beim Rückbau des stillgelegten Reaktors in Hamm einsparen.

In NRW werde der Klimaschutz als Gemeinschaftswerk mit Industrie, Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften angegangen, erklärte **Umweltminister Johannes Rimmel** (GRÜNE). Dies stehe im Gegensatz zur Bundespolitik.

## JUSTIZMINISTERIUM

Den Personalmangel im Justizbereich beklagte **Jens Kamieth** (CDU). Es sei „schädlich“, wenn der Minister über ein neues Amt für Justiz nachdenke. Die Vorgängerregierung habe die erforderlichen JVA-Neubauten geschaffen. Jetzt gebe es lediglich eine Zusage für Münster.

Neubauten allein seien keine Lösung, wenn man darüber wie Schwarz-Gelb die Aufstockung des Personals vernachlässige, betonte **Sven Wolf** (SPD). Rot-Grün habe daher mehr Stellen geschaffen, mehr Mittel bereitgestellt und baue die Sicherungsverwahrung in Werl aus.

**Dirk Wedel** (FDP) vermisste einen klaren Kurs in der Justizpolitik. Das setze voraus, dass der Minister seine eigenen Ziele kenne und benenne. So etwa bei der Dienstrechtsreform und auf dem Gebiet der Prävention und des Opferschutzes. Beides solle zur Chefsache werden.

Es gebe wenig Spielraum im Justizhaushalt, räumte **Dagmar Hanses** (GRÜNE) ein. Die Bauten stammten aus drei Jahrhunderten. Es gebe einen Investitionsstau von zwei Milliarden Euro. Das könne in einem nachhaltigen Haushalt nur Stück für Stück angegangen werden.

Er halte nichts davon, umgewandelte bisher zeitlich befristete Stellen als neue Stellen zu definieren, führte **Dietmar Schulz** (PIRATEN) aus. Seine Fraktion verlange, deutlich mehr neue Stellen für neue Köpfe in Positionen an relevanten Stellen zu schaffen.

Die Personalsituation habe sich schon verbessert, unterstrich **Justizminister Thomas Kutschat** (SPD). Bauen sei das eine – aber es komme vor allem auf die Inhalte, auf ein vernünftiges Konzept für den Strafvollzug an. Dazu werde Rot-Grün ein Gesetz vorlegen.

## MINISTERPRÄSIDENTIN UND STAATSKANZLEI

Eine Haushaltdebate am Jahresende habe bestenfalls noch historischen Charakter, befand **Werner Jostmeier** (CDU). Rot-Grün missachte Parlamentsrecht und Verfassung, mache ungeniert neue Schulden und habe die WestLB-Milliarde zu spät eingerechnet.

Krafts Etat sei „maßvoll“ und „vernünftig“, konterte **Markus Töns** (SPD). Insgeheim schein die Opposition Krafts Arbeit hoch zu schätzen, denn es lägen keine Änderungsanträge vor. Schwarz-Gelb sei die größte Schuldenmacherin aller Zeiten gewesen.

Für 2012 sei schon alles gelaufen, erklärte **Christof Rasche** (FDP) die ausgebliebenen Anträge. Doch sei Kraft auch verantwortlich für den Gesamthaushalt mit neuen Schulden trotz „Rekordsteuereinnahmen“: Rot-Grün finanziere Wahlgeschenke auf Pump.

„Versprechungen auf Pump?“, fragte **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE) irritiert und verwies auf das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld. Zudem verteidigte er: Der Finanzminister habe den Haushalt nach der Neuwahl so früh wie möglich vorgelegt.

Er habe kaum etwas zu Krafts Etat gehört, kritisierte **Michele Marsching** (PIRATEN) und schlug erneut vor, diesen zu erhöhen, um einen Arbeitskreis „Open Government“ (OG) zu starten. Darauf habe Krafts „Regierung der Einladung“ bisher aber nicht reagiert.

Erste OG-Aktivitäten seien einbezogen, sagte **Europaministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD). Weitere folgten. Die späte Etatdebatte sei auch für die Regierung „unbefriedigend“. Inhaltlich lobte sie, die Ministerpräsidentin spare bei sich selbst zuerst.

## LANDESPLANUNG

„Informieren Sie das Parlament endlich über Ihre Pläne“, forderte **Hendrik Schmitz** (CDU) die Regierung auf. In Sachen angekündigter Landesplanungs-Novelle sei bislang nichts passiert.

Rot-Grün habe bereits „kluge“ Weichen gestellt, betonte **Rainer Schmeltzer** (SPD). Zudem werde sie Landesentwicklungsplan und -pro-

gramm zusammenfassen. Dies habe Schwarz-Gelb versäumt.

**Holger Ellerbrock** (FDP) warf Krafts Kabinett vor, die Landesplanung als strategisches Werkzeug „zu Grabe“ zu tragen. Der von der Regierung geplante Klimaschutzplan sei übermächtig.

Klimaziele, Flächensparen und Ressourcenschutz: Das seien die Schwerpunkte des neuen Entwicklungsplans, lobte **Herbert Franz Goldmann** (GRÜNE). Die Staatskanzlei sei auf einem guten Weg.

Keine der fünf Fraktionen habe einen Antrag zum Etat des Landesentwicklungsplans gestellt, bemerkte der PIRATEN-Sprecher **Michele Marsching**: „Anscheinend ist das Ding zustimmungsfähig.“

Für den neuen Landesplan laufe derzeit die Ressortabstimmung, so **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD). Den Teilplan zum großflächigen Einzelhandel habe die Regierung bereits vorgezogen.

## EUROPA UND EINE WELT

Weniger Mittel zur Pflege der Beziehungen zu Holland und Belgien, mehr für die Dritte Welt: Das müsse für die Nachbarländer wie ein Affront wirken, befürchtete **Henning Rehbaum** (CDU). Die Schwerpunkte würden in die falsche Richtung verschoben.

**Markus Töns** (SPD) betonte, die Europafähigkeit der Kommunen müsse ebenso gestärkt werden wie deren Fähigkeit zur Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe. Mit dem vorliegenden Etat gingen von NRW wichtige entwicklungspolitische Impulse aus.

Die erhöhten Mittel für entwicklungspolitische Zusammenarbeit würden von den Kommunen nicht abgerufen, kritisierte **Holger Ellerbrock** (FDP). Das sollte man zurückfahren und zuständigkeitshalber dem Bund überlassen. „Heiße Luft“ war sein Urteil.

Bei ohnehin geringen Europamitteln lasse sich nichts einsparen, fand **Stefan Engstfeld** (GRÜNE). Stattdessen solle man weiter am „Haus Europa“ bauen. Engstfeld verteidigte die Arbeit der Koordinatoren und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

Er vermisse inhaltliche Leitlinien – „Diskussionsrunden und Infobroschüren ersetzen keine europapolitische Landesstrategie“, urteilte





**Nico Kern** (PIRATEN). Die europa- und entwicklungspolitische Grundausrüstung der Regierung unterstütze man aber.

**Europaministerin Angelica Schwall-Düren** (SPD) sah keine Vernachlässigung der Benelux-Zusammenarbeit. Das Programm des Landes sei so erfolgreich, dass der Bund es kopieren wolle. Zudem unterstrich sie die Beziehungen zu Israel und den USA.

MEDIEN

Der CDU-Abgeordnete **Thorsten Schick** verglich die Medienpolitik der Landesregierung mit einem U-Boot, das abtauche und beobachte, wie sich die Medienlandschaft entwickle.

Ganz anders sah das **Alexander Vogt** (SPD): „NRW ist im Medienbereich gut aufgestellt.“ Es gebe über 65.000 Unternehmen, die zukunftssichere Arbeitsplätze schafften.

**Thomas Nüchel** (FDP) konstatierte, dass NRW als Medienland wenig Ausstrahlung habe und machte dafür die medienpolitische Untätigkeit der Landesregierung verantwortlich.

Für den GRÜNEN-Abgeordneten **Oliver Keymis** hat die Landesregierung im Hinblick auf die Medienpolitik Kontinuität gezeigt und wichtige Entwicklungspotenziale weitergeführt.

Der Abgeordnete der PIRATEN **Daniel Schwerd** hob die Bedeutung der digitalen Medien als Innovationsmotor hervor, der für positive Effekte in anderen Branchen Sorge.

Die Vermittlung von Kompetenz, die Förderung von Qualität und Vielfalt sowie die Stärkung des Standorts NRW haben für **Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD) Vorrang.

WIRTSCHAFT, INDUSTRIE, MITTELSTAND UND HANDWERK

Die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen werde üppig verwaltet, kritisierte **Hendrik Wüst** (CDU) steigende Verwaltungskosten. Gleichzeitig könne das Klimaschutzgesetz zur Deindustrialisierung führen. Außerdem sei das duale Ausbildungssystem gefährdet.

Der Mittelstand sei das Fundament des Erfolgs, betonte **Elisabeth Müller-Witt** (SPD). Daher

habe man diesen auch besonders im Fokus. Gleichzeitig werde der Strukturwandel der Industrie begleitet. Dies zeige der verantwortliche Einsatz von Fördermitteln.

Durch Klimaschutzgesetz sowie die Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts erleide die Industrie in NRW Wettbewerbsnachteile, so **Ralph Bombis** (FDP). Mittelstand und Handwerk würden durch Neuregelungen beim Ladenschluss oder beim Nichtraucherschutz bedroht.

Das Klimaschutzgesetz werde auch wirtschaftlich einen Vorteil bringen, so **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE). Hiermit nehme man Energieeffizienz und Innovation in Angriff. Bei den Ladenöffnungszeiten habe auch der Einzelhandel Interesse am Sonntagsschutz.

Die Wirtschaftsförderung in NRW sei ebenso wie der Haushalt des Wirtschaftsministeriums undurchsichtig gestaltet, kritisierte **Daniel Schwerd** (PIRATEN). Für den kommenden Haushalt erwarte seine Fraktion deutlich klarere Informationen in offenen Formaten.

Über Handwerksinitiative, Mittelstandsförderungsgesetz und Gründungskampagne wolle man Handwerk, Mittelstand und Selbstständigkeit fördern, so **Wirtschaftsminister Garrelt Duin** (SPD). Des Weiteren wolle man auch die Akzeptanz für Großvorhaben unterstützen.

ENERGIE

Weder der Haushalt noch die Struktur, mit der die Landesregierung die Energiewende stemmen wolle, würden der großen Herausforderung gerecht, kritisierte **Thomas Kufen** (CDU) den vorgelegten Energieetat.

**Guido van den Berg** (SPD) sieht NRW als Ideenschmiede für die Gestaltung der Energiewende. Der heimische Energiesektor könne Ausrüster und Know-how-Geber werden für Regionen mit ähnlichen Herausforderungen.

**Dietmar Brockes** (FDP) wies darauf hin, dass die Energiepolitik auf drei Säulen beruhe und die Energiewende absichere: Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Stromversorgung.

Die GRÜNEN-Abgeordnete **Wibke Brems** möchte, dass NRW zu einem Erfolgsmodell in

Sachen Energie wird, indem die Vorteile der erneuerbaren Energien erkannt und genutzt werden, bevor andere schneller sind.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien solle das Prinzip der Nachhaltigkeit berücksichtigen, forderte **Kai Schmalenbach** (PIRATEN). Dies dürfe nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen stehen.

**Energieminister Garrelt Duin** (SPD) zeigte sich davon überzeugt, dass NRW eine wichtige Rolle bei der Energiewende spielen werde, weil die technischen und finanziellen Voraussetzungen und das Know-how vorhanden seien.

FAMILIE, KINDER UND JUGEND

Die Kinder in NRW hätten aufgrund des politischen Stillstands weniger Chancen als die Kinder im Rest Deutschlands, befand **Bernhard Tenhumberg** (CDU). Rot-Grün verhindere Bildungschancen undbürde der neuen Generation durch die Schulden zu hohe Lasten auf.

Schwarz-Gelb habe bis 2010 null Euro, Rot-Grün dagegen in der ersten Kibiz-Revision 100 Millionen Euro in die Betreuung unter Dreijähriger gesteckt, antwortete **Wolfgang Jörg** (SPD). Außerdem habe man den Landesjugendplan wieder auf 100 Millionen Euro erhöht.

Eine „reine Gefälligkeitspolitik“, weg von konkreten Verbesserungen für die Familien, warf **Marcel Hafke** (FDP) der Landesregierung vor. Ein Beispiel sei die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres. Gleichzeitig fehlten in NRW 30.000 Betreuungsplätze.

Rot-Grün habe den Haushalt für Kinder und Jugendliche um 50 Prozent erhöht, erläuterte **Andrea Asch** (GRÜNE). Außerdem habe man die Gelder für den Kinderschutz ausgeweitet und geregelt, dass Jugendverbände mit dem Geld jahrgangübergreifend arbeiten könnten.

Von den bereitgestellten Mitteln sei nicht alles ausbezahlt worden, obwohl dieses Geld vor Ort dringend gebraucht werde, kritisierte **Daniel Dünkel** (PIRATEN). Des Weiteren müsse man darauf achten, dass beim Ausbau der Krippenplätze nicht die Qualität leide.

Beim U3-Ausbau habe man die Aufholjagd gestartet, betonte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). So finanziere man im laufenden Kinder-



Fotos: Schälte

Hendrik Wüst (CDU)

Elisabeth Müller-Witt (SPD)

Ralph Bombis (FDP)

Daniela Schneckenburger (GRÜNE)

Daniel Schwerd (PIRATEN)

Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD)



SCHWERPUNKT

gartenjahr 117.000 Plätze. Die fehlenden 27.000 Plätze werde man auch noch finanzieren. Hierzu hätte sie gerne mehr Bundesmittel.

KULTUR

Kulturpolitik ohne Visionen – das kennzeichnete Rot-Grün: Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU) bemängelte die Begrenzung des Programms „Jedem Kind ein Instrument“ (Jeki) auf das Revier.

Geld wie nie umfasse der Kulturetat 2012, betonte Andreas Bialas (SPD). Zentraler Punkt bleibe der Ausbau der kulturellen Bildung als Voraussetzung zur aktiven Teilhabe.

Die Ablehnung des Kulturetats signalisierte Ingola Schmitz (FDP): „Ohne System und Konzept werden wir im kulturellen Bereich auf der Stelle treten.“ Da müsse nachgebessert werden.

Die späte Verabschiedung habe kaum Folgen: Der Etat sei zu 95 Prozent verausgabt, teilte Oliver Keymis (GRÜNE) mit. Die Kultur im Land sei breit, vielfältig, interessant und dicht.

Der Landessportbund habe acht Millionen Euro mehr im Topf, unterstrich Josefine Paul (GRÜNE). Insgesamt ermögliche es der Haushalt, dass der Sport seine Potenziale ausschöpfen könne.

Lukas Lamla (PIRATEN) forderte niederschwellige, leicht zugängliche Angebote, um insbesondere Kinder für Sport zu begeistern. Integration und Inklusion dürften keine Worthülsen bleiben.

NRW müsse Sportland Nummer eins bleiben, betonte Sportministerin Ute Schäfer (SPD). Die Mittel hierfür ständen bereit. Besonders wichtig sei die Kooperation von Ganztagschulen und Vereinen.

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

„Der demografische Wandel wird die Arbeitsplatzsituation in NRW in erheblicher Weise beeinflussen“, konstatierte Walter Kern (CDU) und warf der Landesregierung bei diesem Thema mangelnde Dynamik vor.

INTEGRATION

Rot-Grün fehle es weniger an Geld als an Kreativität und Fantasie in der Integrationspolitik, stellte Serap Güler (CDU) fest. Das Thema verliere bei der Landesregierung an Bedeutung.

Die Opposition solle bei der Integrationspolitik wieder auf den gemeinsamen Weg zurückfinden, verlangte Bernhard von Grünberg (SPD). Auch ein Zusammengehen auf Bundesebene sei erforderlich.

Dr. Joachim Stamp (FDP) kritisierte, für die Regierung sei Integration Nebenthema geworden – trotz zunehmender Probleme mit Parallelgesellschaften, Jugendbanden und Fundamentalismus.

Die zehn Millionen Euro mehr für kommunale Integrationsarbeit bezeichnete Jutta Velte (GRÜNE) als „sehr gut“. Integration sei eine Querschnittsaufgabe. Man müsse sie auch im Parlament leben.

Für gleiche Chancen von Migrantenkindern müsse mehr getan werden, forderte Simone Brand



Fotos: Schälte

Holger Müller (CDU)

Rainer Bischoff (SPD)

Marc Lürbke (FDP)

Joseline Paul (GRÜNE)

Lukas Lamla (PIRATEN)

Sportministerin Ute Schäfer (SPD)

Gegen Leuchtturmprojekte in der Kulturförderung sprach sich Frank Herrmann (PIRATEN) aus. Stattdessen sollte man den Zugang zu Kultur durch Digitalisierung vereinfachen.

Kulturministerin Ute Schäfer (SPD) will Jeki zunächst stabilisieren; eine Ausweitung koste bis zu 70 Millionen Euro. Sie kündigte die Fortsetzung der Arbeit am Kulturfördergesetz an.

SPORT

„Keine neuen zündenden Ideen“, kritisierte Holger Müller (CDU) den Sportetat. Die meisten Ideen stammten ursprünglich von Schwarz-Gelb. Zudem fehle die Inklusion als Thema im Sportbereich.

„Daran arbeiten wir emsig“, sagte Rainer Bischoff (SPD). Des Weiteren wichtig: „Gewalt im Sport“ und „Stärkung des Ehrenamtes“. Bischoff lobte den gestiegenen Etat für Strukturförderung.

Eine gewisse Kontinuität im Sporthaushalt sei durchaus gut, meinte Marc Lürbke (FDP). Allerdings müsse Rot-Grün ihren Ankündigungen aus Oppositionszeiten auch Taten folgen lassen.

Für Rainer Bischoff (SPD) signalisiert der Haushalt Kontinuität. Er sei eine Fortführung der erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik der letzten zwei Jahre. Bewährte Projekte sollten weitergeführt werden.

Der Schlüssel für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik liege in der Fachkräftesicherung, betonte der FDP-Abgeordnete Ulrich Alda. Davon hänge die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens ab.

Die GRÜNEN unterstützten alle arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen der Landesregierung. Laut Martina Maaßen (GRÜNE) ist ihnen dabei die Förderung der Teilzeitberufsausbildung besonders wichtig.

Der PIRATEN-Abgeordnete Torsten Sommer forderte, gegen die Erosion der typischen Beschäftigungsverhältnisse vorzugehen. Die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer schneller und weiter auseinander.

Als zentrales Projekt der Landesregierung bezeichnete Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD) das neue Übergangssystem von der Schule in den Beruf. Für die Umsetzung würden circa 70 Millionen Euro aufgewendet.

(PIRATEN). Sie verlangte einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Zugewanderten.

Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) lobte den Landesintegrationsrat und die Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten. Es gebe keinen Stillstand in der Integrationspolitik.

SOZIALES

Im Sozialbereich müsse die rot-grüne Landesregierung endlich Gestaltungswillen zeigen, forderte Claudia Middendorf (CDU). Dies betreffe vor allem die Bekämpfung der Armut.

Der Hauptgrund für Armut seien geringe Löhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, entgegnete Michael Scheffler (SPD). Armut bekämpfe man am besten mit guten Bildungschancen.

Es werde Probleme nicht lösen, wenn man wie die Landesregierung auf Umverteilung setze, so Ernst-Ulrich Alda (FDP). Ein Gegenbeispiel sei das Bildungspaket der Bundesregierung.



Dieses Bildungspaket sei ein „Bürokratiemonster“, widersprach **Andrea Asch** (GRÜNE). Von 96 Millionen Euro seien bis jetzt lediglich 51 Prozent bei den Kindern angekommen.

Man werde die Landesregierung daran messen, wie die Entwicklung der Armut in Nordrhein-Westfalen verlaufe, so **Olaf Wegner** (PIRATEN). Diese betreffe alle Formen der Armut.

Er wolle im nächsten Frühjahr ein Konzept zur Armutsbekämpfung vorlegen, kündigte **Sozialminister Guntram Schneider** (SPD) an. Ganz oben stehe die Bekämpfung der Kinderarmut.

#### GESUNDHEIT, PFLEGE UND ALTER

Ob hausärztliche Versorgung, Pflege oder Krankenhäuser: „Der Haushalt 2012 gibt keine Antworten auf die Zukunftsprobleme“, kritisierte **Peter Preuß** (CDU). Rot-Grün bewege auf dem wichtigen Feld „Gesundheit“ nichts.

Die Gesundheitspolitik der Regierung werde erfolgreich sein, konterte **Angela Lück** (SPD).

#### EMANZIPATION

Bei der Emanzipation der Frauen leide NRW nicht unter fehlenden Beratungseinrichtungen, so **Regina van Dinter** (CDU). Notwendig sei die Lösung ganz konkreter Benachteiligungen.

Die von Schwarz-Gelb überrollte Beratungsstruktur habe Rot-Grün wieder aufgestockt, so **Gerda Kieninger** (SPD): Auch habe man in Frauenhäusern die zweite Fachstelle wieder eingerichtet.

Ein Mehr an Geld ersetze kein Konzept, antwortete **Susanne Schneider** (FDP). Die Landesregierung mache sich wenig Gedanken über den tatsächlichen Nutzen der Kompetenzzentren.

Diese Zentren berieten die Unternehmen vor Ort, erklärte **Josefine Paul** (GRÜNE). Mittlerweile hätte man sie in nahezu allen Arbeitsmarktregionen in NRW erfolgreich gestaltet.

Die Bedeutung eines selbstbestimmten Lebens betonte **Birgit Rydlewski** (PIRATEN). Es sei richtig, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Transgender verstärkt zu fördern.

Es sei richtig, dass die Regierung mehr auf sozialen Wohnungsbau als auf Eigenheimförderung setze, sagte **Oliver Bayer** (PIRATEN). Sie solle die Mittel auf das Niveau von 2010 aufstocken.

Schwarz-Gelb habe in nur einem Jahr 600 Millionen Euro für Eigentumsförderung „verschleudert“, so **Wohnungsbauminister Michael Groschek** (SPD). In Zukunft heiße es „weniger und anders“.

#### STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR

„Rot-Grün hat einen beispiellosen Planungsstopp für Straßenbauvorhaben vorgelegt“, kritisierte **Arne Moritz** (CDU). Seine Fraktion wolle den Ausbau hingegen vorantreiben.

Dem hielt **Rainer Breuer** (SPD) entgegen, dass sich die Landesregierung auf den Erhalt und die Optimierung der vorhandenen Infrastruktur vor dem Bau neuer Projekte konzentriere.

Der FDP-Abgeordnete **Christoph Rasche** forderte aufgrund des drohenden Verkehrsinfarkts in NRW dringend mehr Investitionen im Verkehrsbereich und zukunftsweisende Konzepte.



Sie führe zu einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung für alle – von der Prävention bis zur Palliativmedizin.

Der Etat sehe eine „überflüssige Institution nach der anderen“ vor, kritisierte **Susanne Schneider** (FDP). Darüber hinaus müssten geschlechterspezifische Unterschiede im Gesundheitsbereich stärker beachtet werden.

Ortsnahe Arztversorgung, Prävention, psychosoziale Hilfen für Heranwachsende und neue Wohn- und Pflegeformen – da setze Rot-Grün Schwerpunkte, sagte **Arif Ünal** (GRÜNE). Die Altenpflegeumlage zeige bereits erste Wirkung.

Der demografische Wandel komme nicht überraschend, betonte **Lukas Lamla** (PIRATEN): „Man hat es einfach verpennt.“ Es sei Zeit zu handeln. Seine Fraktion werde die Regierung „in ihrem guten Bestreben“ unterstützen.

Auch **Gesundheitsministerin Barbara Steffens** (GRÜNE) bewertete die Altenpflegeumlage mit 2.100 zusätzlichen jungen Azubis als „überwältigenden Erfolg“. Im Übrigen sei die Krankenhausrahmenplanung nun abgeschlossen.

Den Kampf gegen Homo- und Transphobie hob auch **Ministerin Barbara Steffens** (GRÜNE) hervor. Daneben unterstrich sie den Gewaltschutz und die Integration von Frauen ins Berufsleben.

#### BAUEN UND WOHNEN

Als rückwärtsgewandt disqualifizierte **Klaus Vossemer** (CDU) die Wohnungs- und Baupolitik von Rot-Grün. Zudem stehe sie in eklatantem Widerspruch zu früheren eigenen Forderungen.

**Reiner Breuer** (SPD) legte den Akzent auf eine stärker sozialräumliche Orientierung bei der Förderung. Für den sozialen Wohnungsbau würden wieder 850 Millionen bereitgestellt.

In der Konzentration der Förderung auf Ballungsgebiete sah **Holger Ellerbrock** (FDP) die Gefahr, dass die ländlichen Regionen zu kurz kommen könnten. Das müsse austariert werden.

Der Bund ziehe sich aus der Verantwortung für die Stadtentwicklung zurück, so **Daniela Schneckeburger** (GRÜNE). Das sei doppelt dumm: haushaltspolitisch und volkswirtschaftlich.

Für **Arndt Klocke** (GRÜNE) steht der vorgelegte Haushalt mit Ausgaben in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für ÖPNV und SPNV klar für eine moderne ökologische Mobilitätspolitik.

**Oliver Bayer** (PIRATEN) bewertete den bevorstehenden Verkehrswandel als Chance, eine Verkehrswende zu gestalten. Die Probleme des Verkehrssystems erforderten neue Lösungen.

Die Landesregierung setze durch den Erhalt von Infrastruktur anstelle von Neubau die Priorität auf präventive Verkehrspolitik, bekräftigte **Verkehrsminister Michael Groschek** (SPD).

*bra, cw, zei, Jürgen Knepper*

#### Eckdaten zum Haushalt

Der Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen wird für das Haushaltsjahr 2012 in Einnahmen und Ausgaben auf rund 58,8 Milliarden Euro festgestellt. Die Steuereinnahmen werden im neuen Haushaltsplan 2012 mit 43,1 Milliarden Euro angesetzt. Die Nettoneuverschuldung soll 3,6 Milliarden Euro betragen. Hinzu kommt allerdings 1 Milliarde Euro als Sonderlast für die Restrukturierung der WestLB.



SCHWERPUNKT



Am Rednerpult: Finanzminister  
Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Fotos: Schälte

## Dreiklang oder „Missklang“?

### Hartes Ringen um Schulden und Investitionen

*28. November 2012 – Die vorläufige Haushaltsführung ist zu Ende, der Haushalt 2012 unter Dach und Fach: Mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsmehrheit setzte die Landesregierung ihre Politik eines „Dreiklangs“ aus Sparen, Investitionen und Einnahmeverbesserungen, wie sie selbst erklärte, durch. Alle drei Oppositionsfraktionen kritisierten, teils mit unterschiedlicher Begründung, mangelnden Sparwillen. Anders als in den Vorjahren gestaltete sich die dritte Lesung nicht als Generaldebatte des Regierungshandelns, sondern als Schlagabtausch über die Grundzüge der Haushalts- und Finanzpolitik.*

Die CDU-Fraktion lehne den Haushaltsentwurf der Landesregierung ab, weil er die Schuldenlast des Landes in unverantwortlicher Weise erhöhe, so **Dr. Marcus Optendrenk**. „Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen ist das Schlusslicht bei der Haushaltskonsolidierung unter allen Bundesländern“, kritisierte er und unterstellte der Regierung Kraft, weder jetzt noch in Zukunft ernsthaft sparen zu wollen. Für den CDU-Politiker ist präventive Schuldenmacherei weder nachhaltig noch wirkungsvoll. Sie stelle eine schwere Hypothek für die Zukunftsfähigkeit dar. Im Gegensatz zu NRW gebe es sechs andere Bundesländer, die in ihren Haushaltsplänen mindestens eine schwarze Null schreiben könnten, einige von ihnen tilgten sogar schon Altschulden. Das zeuge davon, dass diese Länder sich den Herausforderungen des demografischen Wandels stellten und ihre Ausgaben nach verfügbaren Mitteln planten. Die Neuverschuldung im NRW-Haushalt weise aber nach oben und nicht nach unten. „Wie so die Schuldenbremse 2020 zu schaffen sein soll, ist ein Rätsel“, konstatierte Optendrenk. Positiv zu vermerken sei lediglich, dass die geplanten Einnahmen aus dem Schul- und Studienfonds aus dem Etat gestrichen worden seien und die Milliarden-Aus-

gabe für die WestLB letztendlich doch in den Haushaltsplan aufgenommen worden sei.

Der vorliegende Haushaltsentwurf sei mit gezielten Zukunftsinvestitionen verknüpft, entgegnete **Martin Börschel** (SPD). Eine Haushaltsanierung durch Raubzüge in kommunalen Kassen sei mit Rot-Grün nicht zu machen: „Wir dürfen die Kommunen nicht allein lassen.“ Zudem sende der Haushalt ein weiteres wichtiges Signal. So stelle das Land erste Gelder für den Aufbau von Ausbildungsmöglichkeiten für Mediziner in Ostwestfalen-Lippe bereit, um dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Darüber hinaus seien wesentliche Ziele der Landesregierung wie die Stärkung der frühkindlichen Bildung oder die Abschaffung der Studiengebühren in den Entwurf eingeflossen und sorgten so für mehr soziale Gerechtigkeit. Börschel widersprach dem Vorwurf der Opposition, die Haushaltskonsolidierung nicht ernst genug zu nehmen und verwies darauf, dass man die Nettoverschuldung immerhin auf 4,2 Milliarden Euro gesenkt habe, trotz der Sondereffekte aufgrund der Einberechnung der WestLB-Risiken. Der SPD-Sprecher zeigte sich enttäuscht über



Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Martin Börschel (SPD)



eine aus seiner Sicht wenig konstruktive Teilnahme der Opposition an der Haushaltsdebatte. Lediglich die PIRATEN hätten sich mit allerdings unrealistischen, nicht finanzierbaren Vorschlägen in die Debatte eingebracht und damit quasi die Rolle der LINKEN übernommen.

„Dieser Haushalt ist verfassungskonform, weil er rechtzeitig eingebracht wurde.“ Mit diesen Worten begann der GRÜNEN-Abgeordnete **Mehrdad Mostofizadeh** seine Abrechnung mit den Vorwürfen der Opposition. Dabei sei der Haushaltsentwurf auch mit den eingebrachten Änderungsvorschlägen konsequent und zukunftsweisend. Wichtig seien beispielsweise die neuen finanziellen Mittel, die für die U3-Förderung bereitgestellt würden, damit der Ausbau auch entsprechend vorangetrieben werden könne. Bei den Positionen, die die Opposition vertrete, lasse sich allerdings keine klare Linie erkennen. „Wo soll denn eigentlich gespart werden?“, fragte der GRÜNEN-Politiker bei der Opposition nach. Auch die Forderungen nach weniger Steuerensenkungen auf Pump, keinen Stelleneinsparungen bei der Polizei und mehr Fachstellen bei der Justiz seien für ihn so nicht nachvollziehbar. Gerade bei der CDU gebe es zu bestimmten Themen wie beispielsweise beim Ehegattensplitting sehr unterschiedliche Auffassungen, die sich zum Teil sogar widersprüchen. Die Landesregierung verliere entgegen der Ansicht der Opposition ihre Sparziele keineswegs aus den Augen und der kommende Haushalt 2013 werde mit größeren Einsparvorhaben davon Zeugnis ablegen. Auch zukünftig werde Rot-Grün eine konsistente Politik für NRW betreiben.

Fünf verlorene Jahre für die Haushaltskonsolidierung und Generationengerechtigkeit sah **Ralf Witzel** (FDP) vor Nordrhein-Westfalen liegen. Der Haushalt 2012 forcire die Staatsschuldenkrise, denn die Regierung finanziere mit Sozialticket, beitragsfreiem Studium und beitragsfreien Kita-Jahren Wahlgeschenke und Staatsexpansion auf Pump. Damit nehme sie der jungen Generati-

onen, die dies später „bitter“ bezahlen müsse, notwendigen Gestaltungsspielraum. Witzel sah angesichts historisch höchster Steuereinnahmen und gleichzeitig niedriger Zinsen derzeit Idealbedingungen für den Abbau von Schulden gegeben. Angesichts von 4,3 Milliarden Euro neuer Schulden unter Bestbedingungen sei eine grundlegende Kurskorrektur „dringlich“. „NRW hat kein Einnahmeproblem, sondern ein massives Ausgabeproblem“, so der FDP-Sprecher. Der Schuldenstaat müsse aus den Fesseln der Finanzwirtschaft befreit werden. Die dazu notwendige Schuldenbremse bedinge harte Sanktionen und die Überprüfung aller Staatsausgaben. Fallen müssten „Überstandards“ in der Umweltbürokratie, im Baurecht und in der Personalratsarbeit. Im Übrigen sei der Haushalt 2012, wenn er ins Gesetzblatt komme, zu elf Zwölftel bereits vollzogen, daher habe es keinen Sinn gemacht, Änderungsanträge mit Blick auf strukturelle Konsolidierung vorzulegen.

Seine Fraktion habe gelernt, dass es nicht möglich sei, die Schulden auf den Mond zu schießen, erklärte **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Am Steuerknüppel des Schuldenraumschiffs sitze dabei die Regierungskoalition. Ein Schuldenhaushalt wie der vorliegende sei nicht zwingend geboten. „Vernünftige“ Anträge seien bei der Haushaltsberatung niedergestimmt worden. Milliardenforderungen hätte seine Fraktion dabei nicht gestellt. Der Haushalt beinhalte jetzt rund 4,2 Milliarden Euro von ursprünglich geplanten 4,75 Milliarden Euro an Krediten. Die gesamten Forderungen seiner Fraktion in den Haushaltsberatungen hätten Ausgaben von 470 Millionen Euro umfasst. Nicht bewilligt worden sei zum Beispiel die Forderung nach Anhebung des Verbundsatzes zugunsten der Städte und Gemeinden. Es werde notwendig sein, die haushaltspolitischen Daumenschrauben dort anzusetzen, wo seine Fraktion dies gefordert habe. Mit Verweis auf die Ausgaben für die WestLB kritisierte Schulz den vorliegenden Haushalt als Beleg für eine Politik der „Verlustsozialisierung“. Ange-

sichts bereits feststehender Minderausgaben stelle sich für ihn die Frage, ob es die Landesregierung mit dem Dreiklang Sparen, Zukunftsinvestitionen und Einnahmeverbesserungen ernst meine. Dieser Dreiklang sei für ihn eher ein „Missklang“, betonte der Sprecher der PIRATEN.

Dem einen seien die Ausgaben zu hoch, dem anderen zu niedrig, also müsse der Weg der Landesregierung richtig sein, schlussfolgerte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Es habe keinen Haushalt gegeben, der im Parlament so lange diskutiert worden sei wie dieser; schließlich habe er seit einem Jahr vorgelegen. Bei der Landtagswahl, bei der auch das Thema „Finanzen“ im Mittelpunkt gestanden habe, hätten die Menschen der rot-grünen Regierung ein klares Mandat für die von ihr propagierte Politik des Dreiklangs gegeben. Zur Generationengerechtigkeit gehöre es nämlich eben auch, neben Sparen auch in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Sicherheit zu investieren. Man könne nicht allem den Boden entziehen, plädierte Walter-Borjans für eine „nachhaltige Konsolidierung“, die auch den sozialen Zusammenhalt berücksichtige. Bei der Verschuldung pro Kopf liege Nordrhein-Westfalen im Vergleich aller Bundesländer nicht am Ende, sondern im Mittelfeld. Außerdem zahle NRW im Umsatzsteuerausgleich 2,4 Milliarden Euro ein und erhalte am Ende 200 Millionen Euro zurück. Hinsichtlich der Kritik an der WestLB hob der Minister die Bedeutung dieser Bank bei der Bewältigung des Strukturwandels hervor. Zur Schuldenbremse erklärte er schließlich, dass NRW diese im Normalfall einhalten werde.

*cw, zei*

Der Haushalt 2012 (Drs.16/300) sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz (Drs. 16/302) wurden mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN, das Stärkungspaktfondsgesetz (Drs. 16/176) mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP angenommen. Alle Reden zur dritten Lesung unter



Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Ralf Witzel (FDP)

Dietmar Schulz (PIRATEN)



# Theologische und pädagogische Kompetenz eingefordert

## Beirat für islamischen Religionsunterricht informierte Ausschüsse

21.11.2012 – Im Dezember letzten Jahres hat der Landtag das Gesetz zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts beschlossen. In einem Gespräch mit den Mitgliedern des Beirats informierten sich die Abgeordneten des Ausschusses für Schule und Weiterbildung sowie des Integrationsausschusses über die aktuelle Situation.

„Mit diesem Schritt wurde der Übergang von der Islamkunde – einem aus neutraler Sicht informierenden Unterricht – zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht auch für muslimische Schüler eingeleitet.“ Mehmet Soyhun (Vorsitzender des Beirats und Landesdialogberater der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion, DITIB) betonte in seinem Bericht, mit dem islamischen Religionsunterricht werde ein neues Kapitel aufgeschlagen: Muslimischen Schülern werde es ermöglicht, ihre Religion aus der Innenperspektive kennen und reflektieren zu lernen. Des Weiteren würden sie – zumindest in Zukunft – von gut ausgebildeten Lehrern unterrichtet, die selbst für das stünden, was sie den Schülerinnen und Schülern vermittelten.

Der Beirat setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der vier großen muslimischen Dachverbände und vier vom Ministerium im Einvernehmen mit den Verbänden benannten unabhängigen Vertreterinnen und Vertretern.

Seit seinem ersten Treffen im März dieses Jahres war es eine der Hauptaufgaben des Beirats, eine Lehrerlaubnisordnung (Idschaza) zu erstellen und anschließend Gespräche zur Erteilung einer Lehrerlaubnis mit Lehrenden zu führen, die in diesem Schuljahr zunächst an Grundschulen mit dem islamischen Religionsunterricht beginnen sollen. Diese Gespräche gehen weiter und betreffen jetzt auch die Lehrerinnen und Lehrer, die in der Sekundarstufe I unterrichten sollen.

### THEOLOGISCHE QUALIFIKATION

„Unsere Hauptaufgabe sehen wir gegenüber den muslimischen Kindern. Sie haben ein Recht darauf, von theologisch wie pädagogisch kompetenten Lehrkräften unterrichtet zu werden“, unterstrich Soyhun. Der Beirat sei dabei für die Beurteilung der theologischen Qualifikation und die Gewährleistung einer positiven Einstellung der Lehrkraft gegenüber islamischen Werten und Normen, muslimischen Gemeinden sowie deren Institutionen und Repräsentanten zuständig.

Leider gebe es noch keine Lehrkräfte,

die ein theologisches und religionspädagogisches Studium mit anschließendem Referendariat absolviert hätten, bedauerte Soyhun. Es sei richtig, dass die Landesregierung anstrebe, in Zukunft alle muslimischen Religionslehrerinnen und -lehrer zwei Fächer unterrichten zu lassen. Bis der Bedarf mit Universitätsabsolventen gedeckt werden könne, werde man Seiten- und Quereinsteiger zulassen und qualifizieren müssen.

Außerdem sei das Vertrauensverhältnis zwischen den muslimischen Eltern zu Religionslehrerinnen und -lehrern von besonderer Bedeutung. Die Lehrkräfte dürften sich auch nicht als Außenstehende der Moscheegemeinden verstehen. In diesem Zusammenhang erläuterte Soyhun, der Beirat lege Wert darauf, dass eine Lehrkraft im Unterricht keine extremen Auslegungen des Islam vertrete.

Dies unterstützte Prof. Dr. Mouhanad Khorchide vom Centrum für Religiöse Studien an der Universität Münster. Wichtig sei, dass im Unterricht die Pluralität des Islam zum Ausdruck komme. Dies sei auch deshalb wichtig, da die Schülerinnen und Schüler jeweils unterschiedliche Migrationshintergründe hätten: neben der Türkei zum Beispiel auch den weiteren arabischen und asiatischen Raum. „Der Religionslehrer muss die Schüler befähigen, sich die Religion selbstständig anzueignen“, fasste er die Aufgabe zusammen. Die Lehrerinnen und Lehrer müssten sich an dem orientieren, was die Schüler bereits an Kenntnissen und Fähigkeiten mitbrächten. Daher umfasse die Ausbildung dieser Lehrkräfte das Erlernen der arabischen Sprache, um die Quellen des Islam im Original lesen zu können, sowie die islamische Theologie, Moral, Ethik und Mystik. Aber auch der Vergleich verschiedener Auslegungen des Islam und die europäische Philosophie und Ideengeschichte stünden auf dem Lehrplan.

Von 418 Bewerbern für dieses Studium habe man dieses Jahr 80 annehmen können. Khorchide hoffte, diese Zahl zukünftig steigern zu können, da in NRW 800 bis 1.000 Lehrkräfte gebraucht würden. Von den 45 Bewerberinnen und Bewerbern für Lehrstellen in diesem Schuljahr habe der Beirat 40 angenommen, erläuterte Hanim Ezder (Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen in Köln). Was die Frage des Kopftuchs angehe, meinte Eva Al-Shabassy (Beauftragte für Pädagogik und Religionsunterricht beim Zentralrat der Muslime): „Die, die es wollen, sollen es auch dürfen.“

Burhan Kesici (Generalsekretär des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland) unterstrich, der Beirat, dessen Tätigkeit qua Gesetz auf drei Jahre befristet sei, könne nur eine Zwischenlösung sein, bis die muslimischen Religionsgemeinschaften wie die christlichen Kirchen auch gemäß dem Grundgesetz als Religionsgemeinschaften anerkannt worden seien.

Foto: Schälte

11



# „Mehr als nur Fensterbilder basteln“

## Fachleute diskutieren Gesetzentwurf zum Jugendarrestvollzug

21. November 2012 – Wenn Jugendliche straffällig werden, können Richter bei der Verurteilung auf zahlreiche Maßnahmen zurückgreifen. Eine davon ist der Jugendarrest. Wie der Vollzug in NRW genau aussehen soll, darüber haben nun Fachleute im Rechtsausschuss auf Basis eines Gesetzentwurfs der Landesregierung diskutiert. Bislang fehlt hierfür ein spezielles Gesetz.

„Ich kann nur sagen: Endlich!“, freute sich Emanuel Schmidt, Bewährungshelfer am Landgericht Dortmund. Der Gesetzentwurf spreche vieles an, was bislang fehle. Ähnlich sah das in der Anhörung Heinz-Dieter Beckmann, Amtsrichter und Leiter der Jugendarrestanstalt Wetter: Derzeit könnten seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Jugendlichen maximal Fensterbilder basteln oder etwas Fernsehen. Darin erschöpfe sich die ganze pädagogische Arbeit.

Das soll nun anders werden: „Der Jugendarrest ist erzieherisch zu gestalten“, heißt es im rot-grünen Gesetzentwurf. Der Arrest müsse Jugendliche befähigen, eigenverantwortlich und ohne Straftaten zu leben. Als konkrete Elemente nennt der Entwurf unter anderem soziale Trainingskurse, Gruppenarbeit, Sport und das Vermitteln stabilisierender Kontakte und Anlaufstellen.

### MEHRKOSTEN

„Der Arrest ist unverzichtbar“, betonte Reiner Lindemann vom Bund der Richter und Staatsanwälte. Und ja, es sei sinnvoll, den Erziehungsgedanken zu stärken. Dieser könne ruhig auch beim Kurz- und Freizeitarrest intensiver einfließen. Die Effektivität dieses Vorschlags stellte Prof. Dr. Michael Lemke allerdings infrage. „Es ist nicht zu erwarten, dass von diesen Arrestformen großartige pädagogische Impulse ausgehen“, meinte auch die Rechtswissenschaftlerin Dr. Inge Goeckenjan. Allerdings schreibe das Jugendgerichtsgesetz diese beiden Formen nun einmal vor. Deshalb sollte der Gesetzentwurf sie auch noch etwas ausführlicher beschreiben.

Wie auch immer: Die pädagogischen Aktivitäten kosteten „eine ganze Stange Geld“. Damit stehe und falle am Ende alles, betonte Lindemann. Die Landesregierung plant mit Mehrkosten von jährlich rund 830.000 Euro.

Jede der fünf Jugendarrestanstalten im Land soll demnach eine zusätzliche Sozialarbeiterkraft sowie drei allgemeine Vollzugsbedienstete erhalten. Hinzu kämen stundenweise extern eingekaufte psychologische Fachkräfte.

### ERWARTUNGEN UND RÜCKFALLQUOTEN

Mit diesem Gesetz könne NRW wegweisend für andere Länder sein, meinte Prof. Dr. Philipp Walkenhorst. Auch Goeckenjan begrüßte die Gesetzesinitiative grundsätzlich. Den Fokus auf die Erziehung zu setzen sei gut. Allerdings warnte sie vor überzogenen Erfolgserwartungen. Denn natürlich sei der Jugendarrest weiterhin eine unfreiwillige Sache und reiße die Betroffenen aus ihrem privaten Umfeld.

Goeckenjan plädierte daher dafür: „Wir müssen darauf hinwirken, dass die pädagogischen Maßnahmen ambulant durchgeführt werden.“ Ambulante Sanktionen seien vorzuziehen, meinte auch der NRW-Justizvollzugsbeauftragte Prof. Dr. Michael Walter: „Da muss unser Akzent sein.“ Gleichzeitig warnte Walkenhorst aber auch davor, den Erfolg des Jugendarrests vorrangig an Statistiken festzumachen: „Die Fixierung auf die Rückfallquoten halte ich in diesem Kontext für ziemlich überzogen.“ Es sei völlig klar: Viel könne man in den Arrest-Wochen in dieser Hinsicht nicht erreichen. Die Zeit sei eher eine weitere Chance, um Beziehungen aufzubauen und Hilfen anzubieten.

### VERNETZUNG

Quasi alle Fachleute machten sich dafür stark, die einzelnen Akteure im Prozess rund um straffällige Jugendliche intensiver zu vernetzen. Es dürfe nicht nach dem Motto laufen: „Wenn es bei der Jugendhilfe nicht klappt, erzieht die

Justiz“, betonte Walter. Der Übergang zurück ins Umfeld sei besonders wichtig, befand auch Beckmann. Problematisch sei es vor allem mit den 18- bis 21-Jährigen. Sie fielen aus den Jugendhilfemaßnahmen heraus: „Da sagen die kommunalen Einrichtungen: Da haben wir nichts mit zu tun.“

Die Bewährungshelfer müssten unbedingt Teil eines solchen Übergangsmagements sein, forderte Schmidt. Das gelte auch für die Eltern, so Walkenhorst. Dies müsse der Gesetzentwurf noch stärker einfordern. Darüber hinaus schlug er Förderpartnerschaften unter anderem mit Schulen und berufsbildenden Maßnahmen vor: „Wenn wir das System für sich alleine denken, stehen wir alleine auf weiter Flur.“ Daneben forderte er eine Pflicht seitens des Jugendarrestvollzugs, auch nach dem Aufenthalt an den Jugendlichen dran bleiben zu müssen.

### WIDERSPRUCH UND LEITUNGSPOSTEN

Goeckenjan sah zudem einen Widerspruch in der Frage, ob der Arrest nun eigentlich ahnden oder fördern solle. Dies bleibe auch mit dem neuen Gesetzentwurf unklar. Anderer Meinung war da Walkenhorst: „Ich wehre mich dagegen, dass wir das gegeneinanderstellen.“ Erziehung sei die grundsätzliche Aufgabe und Strafe lediglich ein Mittel im Erziehungsprozess.

Für Diskussionsstoff sorgte darüber hinaus die Zahl der Leitungsposten in den Arrestanstalten. Bislang ist die Jugendrichterin oder der Jugendrichter vor Ort alleiniger Leiter der Anstalt. „Ich finde, es braucht eine Doppelspitze“, forderte Walkenhorst: eine pädagogische und eine juristische Leitung. Dies sei überlebenswert, meinte auch Goeckenjan. Sie wies allerdings darauf hin, dass die aktuelle Situation auf dem Jugendgerichtsgesetz basiere. Das könne die Politik nur auf Bundesebene ändern. *bra*



## Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1468	Stärkung der kommunalen Demokratie, SPD/GRÜNE	Vorschlag: Kommunalausschuss	1. Lesung 29.11.2012
16/1435	Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in NRW, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 30.11.2012
16/1274	Ablieferung von Pflichtexemplaren und ausführender Vorschriften, CDU	Vorschlag: Kulturausschuss	1. Lesung 29.11.2012
16/1264	Landeswassergesetz, SPD/GRÜNE	Umweltausschuss	Anhörung 9.1.2013
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Vorschlag: Wissenschaftsausschuss	1. Lesung 29.11.2012
16/1188	Anerkennungsgesetz, LR	Sozialausschuss	Ausschuss Anfang 2013
16/1187	Rechtsvorschriften im Bereich des Gesundheitsministeriums, LR	Sozialausschuss	Ausschuss Anfang 2013
16/1186	Hochschulgesetz und Kunsthochschulgesetz, LR	Wissenschaftsausschuss	2. Lesung 12.-14.12.2012
16/1185	Gesetz über Rentengüter, LR	Rechtsausschuss	abschließende Beratung 7.12.2013
16/1184	Befristungen besoldungsrechtlicher Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums, LR	Rechtsausschuss	abschließende Beratung 7.12.2013
16/1183	Polizeigesetz, LR	Innenausschuss	2. Lesung 12.-14.12.2012
16/1182	Gesetz über die Justiz im Land NRW, LR	Rechtsausschuss	abschließende Beratung 7.12.2013
16/1167	Feuerwehrschutz und die Hilfeleistung (FSHG), CDU	Innenausschuss	in Beratung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1049	Rettungsgesetz, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 12.-14.12.2012
16/749	Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz, LR	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	2. Lesung 29.11.2012
16/748	Zweckbindung der nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	Anhörung 22.1.2013
16/747	Gesetzliche Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 28.11.2012
16/746	Jugendarrestvollzug, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss Anfang 2013
16/743	Gesetz über die NRW.BANK, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 28.11.2012
16/179	Ablieferung von Pflichtexemplaren in NRW, LR	Kulturausschuss	Ausschuss 6.12.2012
16/177	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Anhörung 20.2.2013
16/127	Förderung des Klimaschutzes, LR	Umweltausschuss	Ausschuss 16.1.2013
16/126	Förderung des Mittelstandes, LR	Wirtschaftsausschuss	abschließende Beratung 5.12.2012
16/125	Nichtraucherschutzgesetz, LR	Sozialausschuss	2. Lesung 29.11.2012
16/120	Kommunalwahlgesetz, PIRATEN	Kommunalausschuss	Anhörung 2013
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung
16/57	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr, LR	Bauausschuss	2. Lesung 28.11.2012
16/45	Landeswassergesetz, CDU/FDP	Umweltausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzeszitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 7. bis 9. und 28. November 2012 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/815	Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots in NRW	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 13.09.2012 2. Lesung 7.11.2012	angenommen
16/302	Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 14.09.2012 2. Lesung 7./8.11.2012 3. Lesung 28.11.2012	angenommen
16/300	Feststellung des Haushaltsplans des NRW für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 14.09.2012 2. Lesung 7./8.11.2012 3. Lesung 28.11.2012	angenommen
16/176	Errichtung eines Fonds des Landes NRW zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 14.09.2012 2. Lesung 7./8.11.2012 3. Lesung 28.11.2012	angenommen
16/175	Errichtung einer Stiftung „Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig-Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere“	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 13.09.2012 2. Lesung 7.11.2012	angenommen
16/128	Regelung des Kostenausgleichs für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 5.7.2012 2. Lesung 7.11.2012	angenommen
16/58	Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW sowie zur Anpassung des Landeszustellungsgesetzes an das De-Mail-Gesetz	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 5.7.2012 2. Lesung 7.11.2012	angenommen
16/17	Erster Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 21.6.2012 2. Lesung 7.11.2012	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



## +++Meldungen+++

### Kommunale Finanzdaten zügig vorlegen

23.11.2012 – Die Landesregierung müsse etwas unternehmen, um eine schnellere Vorlage der Kommunalfinanzberichte sicherzustellen, forderte im **Kommunalausschuss** die FDP. Dies unterstützten die PIRATEN, die gerne auch einen Zugang zu den Rohdaten hätten. Man müsse den Kommunen erst einmal Zeit geben, sich auf das Neue Kommunale Finanzmanagement einzustellen, antworteten SPD und GRÜNE. So lägen aus dem Jahr 2008 erst 75 Prozent der Daten vor, aus 2009 45 Prozent, aus 2010 26 Prozent, erläuterte Innenminister Jäger. Auf Nachfrage der CDU erklärte sich das Ministerium aber bereit, vorliegende Daten nach Aufbereitung zu veröffentlichen.

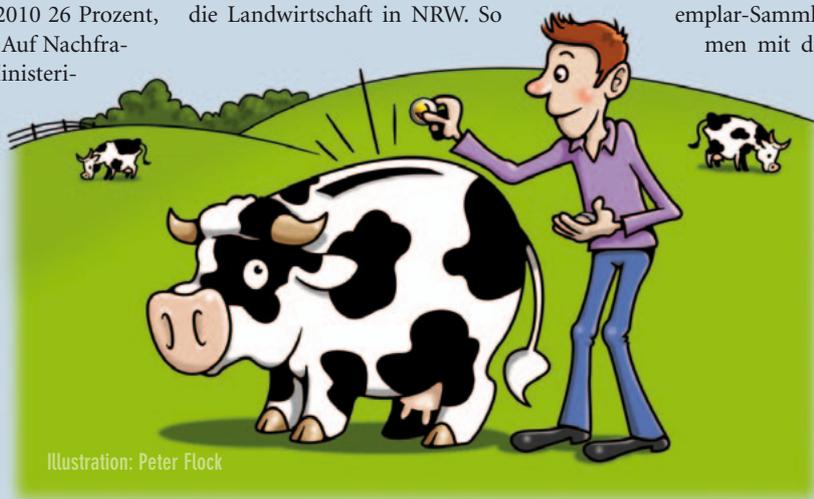
### Lob für Parlamentsinformationsvereinbarung

22.11.2012 – Auf einstimmige Zustimmung stieß im **Hauptausschuss** die Fortschreibung der Parlamentsinformationsvereinbarung. Diese regelt die Informationsrechte des Parlaments gegenüber der Landesregierung. Sie wurde bereits vom Kabinett einstimmig gebilligt und soll in dieser Woche von der Landtagspräsidentin und der Ministerpräsidentin unterzeichnet werden. In ihrer Erläuterung im Ausschuss hob Landtagspräsidentin Carina Gödecke hervor, dass die jetzige Fortschreibung vor allem die Stärkung der Rechte des Parlaments mit Blick auf europäische Angelegenheiten zum Ziel habe. Zum zweiten solle ein Evaluationsprozess dazu dienen, die Praktikabilität des vereinbarten Verfahrens zu überprüfen – und dies insbesondere aus Sicht des Parlaments, wie Gödecke unterstrich. Die Praxis der Informationsweitergabe sei im Großen und Ganzen gut, fasste die Landtagspräsidentin ihre Einschätzung zusammen. Sie verwies aber auch auf das Bestreben, die Rechte der Volksvertretung in späteren Schritten per Gesetz und gegebenenfalls Verfassungsänderung festzuschreiben, denn: „Verbriefte Rechte sind verbrieft.“ Diese Wertung und die jetzige Vorlage fanden bei allen Fraktionen großen Anklang. Die Parlamentsinformationsvereinbarung wurde gegen Ende der 14. Wahlperiode abgeschlossen. Die jetzige Fortschreibung geht auf einen Konsens zum einen zwischen allen Fraktionen des Landtags, zum

anderen zwischen dem Landtag und der Landesregierung zurück, der in der 15. Wahlperiode erzielt worden war und nach Auflösung des Landtags vom Ständigen Ausschuss aufgegriffen wurde.

### Einkommen von Milchbauern verbessern

21.10.2012 – Im **Landwirtschaftsausschuss** informierte die Landesregierung die Ausschussmitglieder über ihre Sicht zur Milchpreisentwicklung und deren Auswirkung auf die Landwirtschaft in NRW. So



habe sich in der EU der Milchpreis von 31,3 Cent pro Kilo im Jahr in 2007 auf 33,3 Cent im Jahr 2011 erhöht. In Nordrhein-Westfalen sei im gleichen Zeitraum die Anzahl der Kühe von rund 372.000 auf 400.000 gestiegen – dabei habe sich die Anzahl je Betrieb von rund 44 auf 50 Kühe erhöht.

Um Angebot und Nachfrage auf diesem Markt im Gleichgewicht zu halten, hält die Landesregierung zum Beispiel die Mengensteuerung auf der Ebene von Molkereien, eine Ausfallentschädigung für freiwilligen Produktionsverzicht oder Erzeugerzusammenschlüsse für sinnvoll.

Eine mögliche Mengenbegrenzung für die Milcherzeugung wurde von den Fraktionen im Ausschuss sehr unterschiedlich bewertet. Die CDU plädierte für eine Stärkung der einheimischen Produktion auch hinsichtlich der besseren Exportmöglichkeiten, wohingegen die SPD die geplante Regulierung favorisierte, gerade auch im Hinblick auf die Vorteile für kleinere Betriebe.

### Sicherung des kulturellen Erbes

22.11.2012 – Eine Anhörung über das Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren ge-

druckten Schrifttums in Nordrhein-Westfalen war zentraler Punkt auf der Tagesordnung des **Ausschusses für Kultur und Medien**. Eingeladen waren unter anderem Fachleute von Bibliotheken im Land, der Deutschen Nationalbibliothek, aber auch der Deutschen Digitalen Bibliothek. Das Schrifttum gilt als wesentlicher Bestandteil des kulturellen Erbes. Das 1993 verabschiedete Pflichtexemplargesetz regelt die Abgabe von in Nordrhein-Westfalen verlegten Druckwerken an die Universitäts- und Landesbibliotheken in Bonn, Düsseldorf und Münster. Die Pflichtexemplar-Sammlungen der Länder bilden zusammen mit der Deutschen Nationalbibliothek ein Nationalarchiv des deutschen Schrifttums, das aufgrund früherer Ablieferungsvorschriften in einigen Ländern, auch in Nordrhein-Westfalen, bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Die Vollständigkeit ist der wesentliche Wert einer solchen Sammlung. Eine Neufassung des Pflichtexemplargesetzes soll dies für Nordrhein-Westfalen sicherstellen. So soll es zum Beispiel auch das nur noch in elektronischer Form erscheinende Schrifttum erfassen.

### Asylheime an Kapazitätsgrenze

22.11.2012 – Die sich dramatische zuspitzende Situation in den nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende beschäftigte ebenfalls den **Innenausschuss**. Die Asylbewerberzahlen erreichten laut Vorlage der Landesregierung mit 2.128 Erstantragsstellern im Oktober 2012 ein Rekordhoch und lägen damit 142,3 Prozent über dem Vorjahresmonat – in etwa auf dem Niveau von 2002. Diese stark erhöhte Zahl an Asylsuchenden könne von den Aufnahmeeinrichtungen in NRW nicht mehr bewältigt werden. Deswegen habe die Landesregierung entschieden, eine weitere Zentrale Unterbringungseinrichtung einzurichten. Der Prozess der Standortsuche fand im Ausschuss ein geteiltes Echo. CDU und FDP kritisierten die Informationspolitik der Landesregierung und forderten eine stärkere Einbeziehung der betroffenen Kommunen. SPD und GRÜNE hingegen verteidigten die Anstrengungen der Bezirksregierung Arnsberg, das Problem der Unterbringung in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus lobten sie den hohen Einsatz einzelner Kommunen.



# Aus den Fraktionen

## Inklusion geht nur gemeinsam

„Ein inklusives Bildungssystem bedeutet, dass nicht die Kinder an das Schulsystem angepasst werden, sondern das Schulsystem an die Kinder.“ So brachte Wolfgang Große-Brömer, MdL, das Ziel auf den Punkt. Gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Stefan Zimkeit stellte der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 20. November in Oberhausen den Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. SchrÄG) vor.

Es war der Auftakt einer landesweiten „Fraktion

vor Ort“-Veranstaltungsreihe zum Thema „Auf dem Weg in ein inklusives NRW“. Die SPD-Fraktion bleibt auch bei diesem Thema ihrem Ansatz treu, Betroffene zu Beteiligten zu ma-



chen. Inklusion geht nur gemeinsam. Es geht nicht nur ums neue Schulrecht. Inklusion soll im ganzen Land Wirklichkeit werden. NRW hat sich auf den Weg gemacht, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Das ist eine Querschnittsaufgabe, die viele weitere Politikbereiche betrifft – unter anderem zum Beispiel das Behindertengleichstellungsgesetz, Wahlgesetze, die Landesbauordnung, das Wohn- und Teilhabegesetz, das Landespflegegesetz und das Kinderbildungsgesetz.

Die nächsten beiden Termine der „Fraktion vor Ort“-Reihe zu Inklusion finden am 11. Dezember in Mönchengladbach und am 18. Dezember in Brilon statt.



## CDU-Landtagsfraktion setzt sich für bezahlbare GEMA-Tarife ein

Die CDU-Fraktion macht sich im Landtag mit einem Antrag für bezahlbare GEMA-Tarife stark. „Nach den bisherigen Plänen der GEMA sollen die Gebühren 2013 erheblich steigen. Betroffen sind vor allem nicht kommerzielle Veranstalter.

Das lehnen wir klar ab. Zahlreiche Musik- und Sportveranstaltungen, Vereine, Karnevalisten, Schützenbruderschaften, Jugendinitiativen und andere bürgerschaftlich engagierte Organisationen sind erheblich verunsichert. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit vieler kultureller und sportlicher Veranstaltungen wird durch die GEMA-Pläne infrage gestellt“, erklärt der kultur- und medienpolitische Sprecher



der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (Foto). Musik- und Tanzveranstaltungen seien traditionell ein wesentlicher Bestandteil der Brauchtumpflege und wären durch die Tarifreform in ihrem Fortbestand bedroht, weil die Kosten dafür ins Unermessliche steigen.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf zu prüfen, wie Bildungs- und Sporteinrichtungen und nicht kommerzielle Akteure im Kulturbereich stärker von GEMA-Gebühren entlastet werden können. „Veranstaltungen, deren Eintrittsgelder in der Regel als Kostenbeitrag

zu verstehen sind, dürfen nicht mit gewinnorientierten Unternehmen wie etwa großen Konzertagenturen gleichgesetzt werden“, sagt Sternberg. Die Landesregierung muss bei der Schiedsstelle des Deutschen Patent- und Markenamtes sowie der GEMA selbst auf einen fairen Interessenausgleich hinwirken.

Es steht für die CDU-Landtagsfraktion grundsätzlich außer Frage, dass die Künstler und Produzenten ein Recht darauf haben, für ihre Leistung angemessen honoriert zu werden. Man muss jedoch die unterschiedlichen Interessen der Nutzer in einen fairen Ausgleich bringen.





## Nichtraucherschutz konsequent neu geregelt



Es ist geschafft – endlich werden Nichtraucherinnen und Nichtraucher, Angestellte in Gastronomiebetrieben und Minderjährige in der Öffentlichkeit wirksam vor Tabakrauch geschützt. Mit dem jetzt von GRÜNEN und SPD vereinbarten

Nichtraucherschutzgesetz werden öffentlich zugängliche Räume wie Gaststätten endlich wirklich rauchfrei.

Wie Erfahrungen aus Bayern und dem europäischen Ausland zeigen, wird dies unmittelbare positive Auswirkungen auf die Zahl der Herz-Kreislaufkrankungen haben. Und auch für Gastronomen eröffnen sich nun neue Perspektiven: Anders als vielerorts befürchtet, besuchen dort nun auch wieder verstärkt Nichtraucherinnen und Nichtraucher sowie Familien gastronomische Betriebe. Das traditionelle Oktoberfest in München etwa verzeichnet seit Einführung des Nichtraucherschutzes neue Umsatz- und Besucherrekorde.

Das neue Gesetz war notwendig, weil das bestehende, von CDU und FDP beschlossene Gesetz so viele Ausnahmen zuließ, dass ein effek-

tiver Schutz häufig nicht gewährleistet war. Und nicht zuletzt haben auch viele Wirte in NRW eine konsequente, einfache und lückenlose Regelung gefordert, um die heute vorhandenen Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Zukünftig werden nicht nur die Ausnahmeregelungen für die Gaststätten abgeschafft, sondern auch ein konsequentes Rauchverbot an Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen geschaffen. Dabei greift das Gesetz bewusst nicht in die Privatsphäre der Menschen ein. Deshalb kann im Einzelfall auch weiterhin bei echten geschlossenen Gesellschaften wie Familienfeiern das Rauchen auch in Gaststätten gestattet werden. Das Gesetz wird am 1. Mai 2013 in Kraft treten. ■



## FDP: Tagesmütter und Tagesväter stärken

Die FDP möchte die Arbeit von Tagesmüttern und -vätern stärken, die Leistung angemessen honorieren und mehr Menschen für diesen Beruf gewinnen. „Tagesmütter und -väter leisten einen wichtigen Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere für Kinder unter drei Jahren nutzen Eltern häufig die Kindertagespflege mit ihrer engen Bindung an eine Bezugsperson und der überschaubaren Gruppengröße“, erklärt Marcel Hafke, kinderpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Um den Rechtsanspruch auf einen U3-Betreuungsplatz zu erfüllen, fehlen in Nordrhein-Westfalen noch mindestens 30.000 Plätze. Ohne die Kindertagespflege wäre diese Lücke noch größer. Hafke: „Die Kindertagespflege als Säule der Kinderbetreuung und Berufsfeld mit Zukunft sollte weiter

professionalisiert und qualitativ abgesichert werden.“

Die Tätigkeit verlangt nicht nur Flexibilität und Gespür für die Bedürfnisse der Kinder, sondern auch betriebswirtschaftliche und rechtliche Kenntnisse sowie kommunikative Kompetenzen. „Tagesmütter und -väter fördern Kinder und unterstützen sie in ihrer Entwicklung. Dafür brauchen sie pädagogische Kenntnisse. Da sie aber häufig freiberuflich tätig sind, benötigen sie auch Fähigkeiten, die sich von denen der Erzieher im klassischen Sinne erheblich unterscheiden können“, beschreibt Hafke. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sind in den



vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen zur Professionalisierung auf den Weg gebracht worden. 2010 wurde von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung ein Zehnpunkte-Plan zur „Stärkung der familiennahen Kinderbetreuung“ entwickelt. „Die FDP fordert die Landesregierung auf, zu evaluieren, wo es noch Handlungsbedarf gibt, und einen Bericht vorzulegen.“ ■



## Transparenz erfordert Einsatz

Seit wir in den Landtag eingezogen sind, ist Transparenz in aller Munde. Es ist höchste Zeit, die Transparenz auch umzusetzen. Wir haben das Gefühl, dass eine ernsthafte Diskussion über dieses Thema häufig an ihre Grenzen stößt, weil Transparenz den Abgeordneten auf den ersten Blick keinen Vorteil zu bringen scheint. Ja, Transparenz erfordert Einsatz. Und ja, sie kann auch Geld kosten. Aber die Investition lohnt sich, wenn ein Bürger beispielsweise auf <http://haushalt2012.piratenfraktion-nrw.de> Punkt für Punkt erkennen kann, wohin in NRW die Gelder fließen. Das macht ihn zu einem mündigen Bürger.

Transparenz bedeutet, dass Menschen nachvollziehen können, wie wir im Landtag arbeiten. Deshalb hat die Piratenfraktion sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Haus-

haltskontrollausschuss künftig öffentlich tagt. Die Arbeit hier im Landtag ist viel zu stark von informellen Absprachen bestimmt, die für Außenstehende nicht nachvollziehbar sind. Nicht alle diese Regeln sind schlecht. Manchmal erleichtern kurze Dienstwege auch die Arbeit. Aber wir wollen immer wieder hinterfragen, ob die jeweilige Arbeitserleichterung es wirklich wert ist, Menschen Informationen vorzuenthalten, auf die sie ein Recht haben. Eines können wir Piraten auf keinen Fall akzeptieren: Externe Gutachten, derer sich die Landesregierung häufig bedient und die mit Steuermitteln finanziert sind, dürfen nicht unter Verschluss gehalten werden.

Transparenz bedeutet auch, dem Bürger zu erklären, wie die Abläufe im Landtag funktionieren. Wie wäre es beispielsweise, wenn ein Vi-

deo auf der Landtagshomepage erklärt, wie die Datenbank des Landtags funktioniert und wie man Vorgänge recherchiert?

Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik nachvollziehbar ist. Wir haben mit unserem Antrag zur Schaffung eines Transparenzgesetzes einen ersten Schritt gemacht. Wir werden auch weiter auf Transparenz pochen, weil ansonsten die Entscheidungsprozesse hinter verschlossenen Türen stattfinden. Das kann und darf in einem demokratisch gewählten Parlament nicht passieren. ■





## „Brücken nach Brüssel schlagen“

### Landtagspräsidium erörtert in Brüssel die europäische Rolle des Parlaments

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (Mitte), hieß das Landtagspräsidium in Brüssel willkommen. Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg (3.v.r.), Oliver Keymis (3.v.l.), Dr. Gerhard Papke (2.v.r.) und Daniel Düngel (2.v.l.) informierten sich über die Rolle des Parlaments in der Europapolitik. Sie wurden begleitet durch den Direktor beim Landtag, Peter Jeromin (r.), und den Leiter der Brüsseler NRW-Landesvertretung, Rainer Steffens (l.).  
Foto: EU-Parlament

14./15. November 2012 – „Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist in Europa ein wichtiger Akteur.“ Das betonte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, im Gespräch mit dem Präsidium des Landtags. Die Landtagspräsidentin Carina Gödecke und ihre vier Stellvertreter waren in Brüssel zu Gast, um gemeinsam mit hochrangigen Repräsentanten der europäischen Institutionen die bestehenden und zukünftigen Mitwirkungsmöglichkeiten des Landesparlaments an europäischer Politik zu erörtern.

„Uns verbindet das Engagement für einen starken Parlamentarismus in Europa“, erklärte Martin Schulz im Gespräch mit Landtagspräsidentin Gödecke und den Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis, Dr. Gerhard Papke und Daniel Düngel. Der oberste Repräsentant des Europäischen Parlaments zeigte sich mit Blick auf die aktuellen, insbesondere wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa besorgt, dass es zu einer fortschreitenden „Entparlamentarisierung“ der europäischen Politik komme. Die Entscheidungen über die Zukunft Europas dürften nicht allein auf der Regierungsebene fallen, sondern sie müssten parlamentarisch kontrolliert sein, so Schulz. Vor diesem Hintergrund begrüßte er die Zielsetzung des Landtags Nordrhein-Westfalen, als Parlament des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes und als Stimme von 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern auf europäischer Ebene stärker wahrgenommen zu werden.

Ähnlich äußerte sich auch der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Dr. Guido Perruzzo, der dem Landtagspräsidium Einblicke in die Arbeit der deutschen Vertretung in Brüssel ermöglichte. „Es ist wichtig, dass sie als Parlamentarier aus Nordrhein-Westfalen hier sind. Ihre Stimmen haben hier Gewicht“, erklärte der Diplomat.

„Wir wollen weitere Brücken zwischen Düsseldorf und Brüssel schlagen“, sagte Landtagspräsidentin Gödecke anlässlich eines weiteren Emp-

fangs im Europäischen Parlament. Im Austausch mit Europa-Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen und der nordrhein-westfälischen Europa-Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren sprach sie sich dafür aus, die Beteiligung des Landtags an europapolitischen Entscheidungen rechtlich konkreter zu fassen und zu vertiefen.

Zugleich müsse es darauf ankommen, den direkten Kontakt zwischen den Abgeordneten des Landtags und des Europäischen Parlaments zu intensivieren, um möglichst frühzeitig über anstehende, europapolitische Entscheidungen informiert zu sein. Die Präsidentin und die Ministerin waren sich darin einig, dass es „ein starkes Nordrhein-Westfalen nur in einem starken Europa gibt“. Außerdem sei es erforderlich, den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam den Mehrwert der Europäischen Union zu erläutern und so die Akzeptanz gegenüber den Entscheidungen der EU zu stärken.

#### „MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN“

Über die konkreten Möglichkeiten der parlamentarischen Mitwirkung aus regionaler Sicht informierte sich das Landtagspräsidium auch im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR). Die Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa wurde durch den Vertrag von Lissabon in ihren

Kompetenzen bereits deutlich gestärkt und ist fest in die Rechtssetzungsverfahren der Europäischen Union eingebunden. Diese Entwicklung sei eine gute Voraussetzung dafür, dass auch die regionalen Parlamente und damit ebenfalls die deutschen Landtage in Zukunft mehr Verantwortung in Europa übernehmen, meinte Dr. Gerhard Stahl, AdR-Generalsekretär. Er betonte, dass die Zusammenarbeit der Regionen in Europa notwendig sei, um gemeinsame Interessen im Konzert der europäischen Meinungen wirkungsvoll zu vertreten.

Wie das Land Nordrhein-Westfalen seinen Positionen auf europäischer Ebene Gehör verschafft, erfuhr das Landtagspräsidium schließlich bei Gesprächen in der Landesvertretung in direkter Nachbarschaft zum Europäischen Parlament. Dort wurde Anfang des Jahres auch ein Verbindungsbüro des Landtags eingerichtet, das den Informationsfluss zwischen den Institutionen der EU und dem Landtag NRW unterstützen soll.

Die nun geführten Gespräche des Präsidiums in Brüssel werden in Düsseldorf ihre Fortsetzung finden. An die Gastgeber der Europäischen Institutionen sprach Landtagspräsidentin Gödecke Gegeneinladungen in den Landtag Nordrhein-Westfalen aus. Dieser persönliche Austausch sei die beste Grundlage, um Europapolitik auf allen Ebenen gemeinsam zu gestalten, so die Landtagspräsidentin.

Sebastian Wuwer



## Im Interview: Landtagvizepräsident Oliver Keymis



Herr Keymis, Sie sind ein in Düsseldorf geborener Rheinländer. Lassen Sie uns über Westfalen reden.  
Keymis: Gern!

### Was mögen Sie an Westfalen?

Die Landschaft, die Leute, die Wurst (lacht). Vor allem gefällt mir die Art der Menschen: Westfalen sind zurückhaltend, zuverlässig, Sympathisch eben.

### Trotzdem geht in Westfalen die Angst um: Manche haben das Gefühl, vom Rheinland abgehängt zu werden. Können Sie das verstehen?

Das ist historisch bedingt. Der Rhein war immer ein Verkehrsweg, ein Kommunikationskanal. Da zogen die Völker durch, ließen sich nieder. Deshalb ist diese Region immer die stärker belebte und besiedelte gewesen. Aber: Nur besondere Menschen haben es gewagt, sich in Westfalen und in Lippe ein Leben jenseits des großen Stroms aufzubauen. Daraus speist sich ein starkes Selbstbewusstsein. In der Wirtschaft stehen dafür Weltunternehmen wie Miele oder Oetker, der breite Mittelstand, die Möbelindustrie – und in der Kultur etwa das Picasso-Museum in Münster oder die ‚Wege durch das Land‘, das Literatur- und Musikfest in Ostwestfalen-Lippe.

### Gerade im Kulturbereich spielt die Musik im Rheinland. Deutlich wird das an Ihnen selbst: Als Regisseur und kulturpolitischer Sprecher Ihrer Landtagsfraktion engagieren Sie sich ehrenamtlich etwa bei der Kunstsammlung NRW mit Düsseldorf oder der Kunsthochschule für Medien in Köln.

Natürlich gibt es in den Großstädten zwischen Dortmund und Köln ein viel größeres kulturelles Angebot als im Münsterland und in Lippe. Und natürlich haben viele Kultureinrichtungen ihren Sitz in der Landeshauptstadt Düsseldorf oder in der größten Stadt NRW, in Köln. Und es stimmt: Ein Großteil der Anträge auf Kulturförderung stammen aus dem Rheinland. Trotzdem versuchen wir, Unterstützung gleichmäßig zu verteilen – das macht die Kunststiftung genauso wie die Landeskulturförderung.

### Spöttisch wird Nordrhein-Westfalen gern das ‚Bindestrich-Bundesland‘ genannt – erfunden von den Alliierten zur Zerschlagung Preußens. Trifft das noch?

Die Alliierten haben Nordrhein-Westfalen als künstliches Gebilde geschaffen. Mittlerweile sehe ich aber eine Einheit in der Vielfalt.

### Inwiefern?

Es gibt Lipper und Westfalen, und der Niederländer unterscheidet sich vom Bonner nicht nur im sprachlichen Singsang. Darin liegt der kulturelle Lebensreichtum unserer Regionen. Als Land binden wir das zusammen. So funktioniert unsere Republik. Zwischen Bayern und Hamburg ist das ähnlich. Überhaupt: Regionale Vielfalt in einem einheitlichen Europa – ist doch der Plan, nach dem wir zusammenleben sollten.

### Getrieben durch die Finanzkrise wird Europa wichtiger, verlieren die Nationalstaaten an Macht. Nicht zuletzt aus Geldgründen fragen Kritiker bereits: Brauchen wir noch Bundesländer?

Das ist für mich eine Demokratiefrage. Politische Teilhabe muss von der Basis aus organisiert sein: Vom kleinen Dorf, der Stadt, den Kreisen, den Regionen – bei uns organisiert über die Landschaftsverbände – über die nationale auf die europäische Ebene. Die Kostenfrage sehe ich nicht. Der Landtag kostet jeden Bürger 5 Euro 60 – pro Jahr.

### Trotzdem: Welche Rolle spielen deutsche Bundesländer in einem vereinten Europa?

Eine sehr wichtige! Ziel der Grünen sind die Vereinigten Staaten von Europa, getragen von einer Vielfalt von Regionen. In Brüssel wird das schon so gesehen: Von dort gefördert werden Regionen wie das Baskenland, Katalonien oder eben NRW.

### Unterstützt das nicht separatistische Tendenzen? In Katalonien haben im September mehr als eine Million Menschen für eine Unabhängigkeit von Spanien demonstriert. Ähnliches ist doch auch im Baskenland, in Schottland, in Südtirol zu sehen?

Diese Tendenzen sind nicht neu. In den 60er-, 70er-, 80er-Jahren waren sie viel stärker. Europa hat schon jetzt mehr Einigkeit verbreitet. Diese Bestrebungen haben doch zwei Quellen: Eine ist materielle Ungleichheit. Die zweite ist die kulturelle Autonomie, Eigensprachlichkeit, Identität. Das geht vom Kulinarischen über Musik, Tänze bis zu speziellen Sportarten. Diese verschiedenen Identitäten aber machen den kulturellen Reichtum Europas aus. Eigenstaatlichkeit mit Abschottung, Protektionismus, eigener Gewaltlosigkeit dagegen bleibt ein Problem: Das ist nicht im Sinne eines geeinten Europas.

### Zurück nach NRW, in die größte Metropole unseres Landes ... Köln!

Nein, in die Metropole Ruhr. Mit dem Begriff Metropole habe ich mich immer schwer getan: Dabei denke ich an Städte wie Paris, Istanbul, Peking. Für mich ist das Ruhrgebiet eine Metropol-Region mit verschiedenen städtischen Agglomerationen. Mit seinen knapp sechs Millionen Einwohnern ist die Metropolregion Ruhr das stärkste Stück Deutschland, das wir haben – nicht nur durch die kulturelle und industrielle Kraft, sondern auch durch seinen republikweit einzigartigen Charakter als multikultureller Schmelztiegel.

### Wenn das Ruhrgebiet einzigartig ist: Ist die Verwaltungsstruktur, die das Revier in drei Regierungsbezirke und zwei Landschaftsverbände zerschneidet, noch zeitgemäß?

Das wird man prüfen müssen.

### Wäre es nicht besser, in NRW gäbe es nur drei Verwaltungseinheiten: Westfalen-Lippe, das Ruhrgebiet und das Rheinland? Die GRÜNEN haben das einmal gefordert.

Im Prinzip finde ich den Gedanken nicht schlecht – gerade in einem Europa der Regionen. Die Metropolregion Ruhr wäre sicher gut beraten, sich mit einer einheitlichen Verwaltung einen Namen zu machen. Leider herrscht an der Ruhr aber noch oft Kirchturmdenken: Wenn die eine Stadt ein Konzerthaus, ein Einkaufszentrum bekommt, will die andere nur wenige Kilometer weiter auch eins. Das muss vor Ort überwunden werden.

Andreas Wyputta

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Ilja Zeidler (zei, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), 884-2304 (zei), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Marc Herter (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Lutz Lienenkämper (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrid Beer (GRÜNE), Parlamentarische Geschäftsführerin; Christof Rasche (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Monika Pieper (PIRATEN), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Pressesprecherin; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Ingo Schneider (PIRATEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

### Herstellung und Versand:

WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg  
**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

## Geburtstage

28. November bis 11. Dezember

28.11.	Börschel, Martin (SPD)	40
29.11.	Heinrichs, Falk (SPD)	52
29.11.	Weiß, Rüdiger (SPD)	52
30.11.	Sieveke, Daniel (CDU)	36
03.12.	Dr. Droste, Wilhelm (CDU)	52
03.12.	Andres, Dagmar (SPD)	43
08.12.	Preuß, Peter (CDU)	59
09.12.	Groschek, Michael ** (SPD)	56

\*\* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Weitere Informationen über die Abgeordneten des Landtags NRW gibt es im Internet bzw. im Archiv des Landtags.

## Aktualisierte Publikationen

Der Landtag bietet interessierten Bürgerinnen und Bürger ein vielfältiges Angebot an Informationen an. Folgende Publikationen sind jetzt in einer aktualisierten Fassung erhältlich: das „Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen“, die Besucherbroschüre „Haus der Bürgerinnen und Bürger“, die kleine Minibroschüre „Ihr Landesparlament im Überblick“ sowie die Kinder- und die Jugendbroschüre „Der Landtag in Nordrhein-Westfalen“. Sie können bei der Pressestelle telefonisch unter: (0211) 884-2851 oder per E-Mail: [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de) bestellt werden.

## Chanukka-Fest

Das jüdische Chanukka-Fest zum Gedenken an die Wiedereinweihung des zweiten Tempels in Jerusalem im Jahr 164 v. Chr. wird in diesem Jahr vom 9. bis 16. Dezember gefeiert. Beginnend am Vorabend des ersten Tages des Chanukka-Festes, am 8. Dezember, wird an jedem Tag unmittelbar vor Einbruch der Dunkelheit ein Licht an einem Leuchter, der Chanukkia, angezündet. Das feierliche Entzünden der dritten Kerze der Chanukkia mit dem Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, Aron Vernikowsky, findet im Landtag Nordrhein-Westfalen statt. Im Rahmen der Veranstaltung wird zudem der Vorstandsvorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Dr. Oded Horowitz, dem Landtag eine Menora für den Raum der Stille übergeben.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 13. Dezember 2012 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

## Frag doch mal ...

... die Landtagspräsidentin. Nicht um Lach-, aber sehr wohl um Sachgeschichten ging es beim Tag der Medienkompetenz im Landtag NRW. Oder noch profaner: Wie man mit der heutigen Medienvielfalt umgehen kann. Digitale treten neben traditionelle Medien und bieten zusätzlich zur Information auch die Möglichkeit zu Austausch und Dialog, zu Interaktion und Vernetzung. Die sich daraus ergebenden Chancen für mehr Bürgerbeteiligung, aber auch die Risiken, die mögliche Anonymität und Verkürzung von Meldungen beinhalten: durchaus ein Thema für die Politik. Oder, um es mit den Worten von Präsidentin Gödecke zu sagen: „Medienkompetenz zu fördern, bedeutet damit immer auch, Demokratiekompetenz zu fördern.“

Foto: Schälte

